



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel

**Dezember 2007 -
März 2008**

" Plötzlich ein Brief vom Anwalt

ERSTELLT 01.12.07, 07:18h

BONN. Sechs Schülerbesuche pro Tag zählte die Leiterin der Verbraucherzentrale NRW in Bonn, Beate Fackeldey, in einer Woche. Alle hatten das gleiche Anliegen: Sie waren auf eine falsche Internetseite geraten. Statt der kostenlosen Berufsberatung der Agentur für Arbeit unter www.berufswahl.de, hatten sie www.berufs-wahl.de aufgerufen und dort ihre Personalien angegeben. Wenig später bekamen die Schüler eine Rechnung über 59 Euro geschickt von einem Bonner Anwalt, den die Verbraucherschützer nach ihren Angaben sowohl telefonisch als auch schriftlich nicht erreichen konnten. Verbunden mit der Rechnung sei die Drohung bei Nichtzahlen bedeute das einen Eintrag ins Erziehungsregister.

In diesem Fall sei es ratsam, zunächst nicht zu zahlen und den Weg zur Verbraucherzentrale, Thomas-Mann-Straße 2-4 (Stadthausloggia), anzutreten. Fackeldey empfiehlt schnell zu reagieren, weil 14 Tage Widerrufsrecht bestehe. Minderjährige dürften laut

Gesetzgeber gar keine Verträge abschließen. „Überhaupt sollten Jugendliche vorsichtig sein, wenn Personalien angegeben und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen akzeptiert werden müssen“, so Klaus Müller von der Hauptgeschäftsstelle der Verbraucherschützer in Düsseldorf.

In der Thomas-Mann-Straße informierten sich die Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und die neue Parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium, Ursula Heinen, über deren Arbeit. „Wir brauchen mündige Verbraucher“, so die beiden CDU-Politiker unisono. Eisel hofft zu diesem Zweck auch auf die Unterstützung der Bonner Schulen.

Die Verbraucherzentrale Bonn bewältigt neben jährlich 35 000 Kontakten von der kostenlosen kurzen E-Mail-Beratung bis zur Rechtsberatung (kostet sieben Euro) auch Präventivkurse in Sachen Verbraucherschutz für Jugendliche auf Anfrage von Schulen. Jugendliche werden auf einer Internetseite altersgerecht informiert. (phs)

EXTERNE LINKS

-  www.berufswahl.de
-  www.berufs-wahl.de
-  www.checked4you.de
-  Artikel mailen
-  Druckfassung

Bonner Kundschau, 20.11.07

News

>> Lokales >> Bonn

Bonner Verbraucherzentrale setzt verstärkt auf Beratung von Jugendlichen

Durch einen unachtsamen Klick in die Falle tappen



Bonn. (kiz) Manchmal kann ein zusätzlicher Bindestrich teuer werden. Dann nämlich, wenn Jugendliche anstatt der Internetseite "www.berufswahl.de" der Bundesagentur für Arbeit die Seite "www.berufs-wahl.de" aufrufen. "Hinter diesem Anbieter verbirgt sich ein Berufstest für 59 Euro", sagt Beate Fackeldey, Leiterin der Bonner Beratungsstelle der Verbraucherzentrale

NRW.

Tückisch ist, dass dies kaum einer merkt. Die Seite ist so raffiniert aufgebaut, dass man persönliche Daten preisgibt und die Geschäftsbedingungen per Mausklick akzeptiert, ohne es tatsächlich zu merken. Drei Wochen später flattert dann ein Mahnschreiben ins Haus. Fackeldey rät, der Zahlungsaufforderung auf keinen Fall zu folgen. Die Verbraucherzentrale hält Musterbriefe bereit, mit denen solche Forderungen abgewiesen werden können.

Um gerade Kinder und Jugendliche in ihren Verbraucherrechten fit zu machen, setzen Fackeldey und Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW, auf die Unterstützung der Politik. So informierten sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sowie Ursula Heinen, parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium, über die Arbeit. "Mein Appell geht an die Bonner Schulen, die Beratungsangebote zu nutzen", so Eisel.



Weitere Informationen unter www.verbraucherzentrale-nrw.de

(20.11.2007)



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 29/07

4. Dezember 2007

Weniger Bürokratie für Handwerker

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung begrüßt, künftig die vierteljährlichen Konjunkturbefragungen von Handwerksunternehmen durch die Auswertung von Verwaltungsdaten zu ersetzen:

„Im Mittelstand wird zu Recht darüber geklagt, dass ständig Fragebögen für statistische Erhebungen ausgefüllt werden müssen. Das ist vor allem in kleineren und mittleren Betrieben eine echte Belastung. Es ist überfällig, dass die Bundesregierung jetzt endlich konkrete Abhilfe schaffen will.“

Derzeit werden alle drei Monate bei rund 41.000 vor allem kleinen und mittleren Handwerksunternehmen durch Befragung Konjunkturerhebungen vorgenommen. Dem Deutschen Bundestag liegt jetzt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Vereinfachung und Anpassung statistischer Rechtsvorschriften“ vor. Wie es darin heißt, können die Befragungen „ohne wesentlichen Informationsverlust“ durch die Auswertung von Verwaltungsdaten ersetzt werden. Zugleich können durch die Abschaffung der Handwerksbefragung jährlich ca. 3,3 Millionen Euro eingespart werden.

Eisel gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Gesetzentwurf jetzt zügig in den Ausschüssen des Bundestages beraten und bald verabschiedet wird. Auch aus dem Bundesrat werde bereits Zustimmung signalisiert.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 30/07

6. Dezember 2007

Konzerte auf der Museumsmeile gesichert

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel begrüßt die Entscheidung des Kuratoriums der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland zur Fortsetzung der open-air-Konzerte auf der Museumsmeile: „Damit findet ein unerfreuliches Kapitel ein Ende, das dem Ruf Bonns geschadet hat, und die außerordentlich erfolgreichen Konzerte auf der Museumsmeile beinahe beendet hätte. Jetzt ist die Zukunft dieses überregionalen Bonner Markenzeichens gesichert.“

Eisel ist als Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages auch für die Bundeskunsthalle zuständig. Er hat sich deshalb in den letzten Wochen in besonderer Weise um das Ausschreibungsverfahren für die Konzerte gekümmert: „Dass sich im harten Ausschreibungswettbewerb eine Bonner Betreibergesellschaft durchgesetzt hat ist besonders erfreulich. Denen, die sich hier zusammengefunden haben und Eigeninteressen dem gemeinsamen Ziel untergeordnet haben, möchte ich besonders danken. Es spricht nichts dagegen, wenn sich nach der jetzt getroffenen Grundentscheidung noch weitere Partner vor allem aus dem Medienbereich anschließen und mithelfen.“

Besonderes Lob sprach Eisel dem kaufmännischen Geschäftsführer der Bundeskunsthalle Otto Lindner für die Art der Durchführung der Ausschreibung aus: „Herr Lindner hat durch seine professionelle Arbeit, die einen fairen Wettbewerb sicherstellte, ganz entscheidend zur Rettung der Konzerte beigetragen. Er kam als abgeordneter Krisenmanager von der Deutschen Welle und hat sich sofort mit großem Engagement in diese wichtige Aufgabe gestürzt und das Thema nicht einfach der Tagesroutine überlassen. Das war keineswegs selbstverständlich und verdient besondere Anerkennung.“

Schwarzer, 05.12.07

(SP/W). - Nach einem Gespräch mit Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit, dass Helmut Kohl die Idee eines Denkmals zur Deutschen Einheit in Bonn unterstützt: „Helmut Kohl hat mir gesagt, dass er den Vorschlag für sehr sinnvoll und gut hält, in Bonn mit einem geeigneten Denkmal an die Wiedervereinigung zu erinnern. Wörtlich sagte er: „Mit Bonn sind wichtige Weichenstellungen auf dem Weg zur Deutschen Einheit untrennbar verbunden, und es ist richtig daran auch dauerhaft zu erinnern. Das haben die Bonner verdient und es ist gut für Deutschland.“ Eisel verwies auf den großen Zuspruch aus der Bonner Bevölkerung, den er für seine Idee erhalten habe, und unterstrich, dass seine Initiative für ein Bonner Einheitsdenkmal nicht als Alternative zum geplanten Berliner Denkmal gedacht sei. Auch der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, hat dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel jetzt schriftlich mitgeteilt, dass er dessen Initiative unterstützt, das Jubiläum „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ auch in Bonn angemessen zu feiern.

GA, 05.12.07

„CDU vor Ort“

SCHWARZRHEINDORF. Interessierte haben am Samstag, 8. Dezember, die Möglichkeit, im Rahmen der Veranstaltung „CDU vor Ort“ mit dem Stadtverordneten Guido Déus zu diskutieren. Das Bürgertreffen findet um 11 Uhr neben der Bäckerei Schmitz an der Clemensstraße 8 statt. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ist anwesend. sep

CDU Bonn: Bürgersprechstunde mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, 16 bis 18 Uhr, Wahlkreisbüro Markt 10-12, Terminvereinbarung unter 0228/18499834.

GA, 05.12.07

Benefizabend fürs Weihnachtslicht

BONN. Einen „Benefizabend am Klavier“ zugunsten der GA-Aktion „Weihnachtslicht“ veranstaltet der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel am kommenden Sonntag, 9. Dezember, ab 20 Uhr im „Konrad“ im Schloss Eichholz, Urfelder Straße 221 in Wesseling.

Der Politiker spielt selbst, in den musikalischen Pausen wird ein viergängiges Menü samt Weinen serviert. 50 Euro kostet die Veranstaltung; davon werden zehn Euro ans „Weihnachtslicht“ überwiesen. Tischreservierung unter der Rufnummer 02236/7 07 44 44.

Eisel, der seinerzeit im Studium Geld mit Auftritten in Pianobars dazu verdiente, spielt seit seinem sechsten Lebensjahr Klavier und bringt nun vornehmlich Jazz und Blues zu Gehör. ly

GA, 06.12.07

Bonn Parliamentarian Visits CMS Secretariat



Dr Stephan Eisel, MdB, one of the City of Bonn representatives in the German Parliament (Bundestag) visited the CMS Secretariat in Bonn on 5 December for an introductory meeting with the Executive Secretaries of CMS/ASCOBANS and EUROBATS. Dr Eisel has considerable experience of the host City's institutions and personalities, and takes a major interest in European and international affairs. Dr Eisel is a CDU member and his pre-

parliamentary career included spells with former Chancellor Kohl's private office and at the Konrad Adenauer Foundation. During his discussions with Robert Hepworth and Andreas Streit he was able to suggest a number of possible avenues to strengthen interactions between Bonn, the CMS Family and Germany as a whole.

Dr Eisel mentioned plans for a major event in Berlin next year to highlight the role of the all the UN bodies based in Germany, which is expected to attract high-level attendance and support. The two Executive Secretaries were delighted to hear of the plans, as the UNEP/CMS Family has itself been seeking such an event for several months. CMS will be strongly represented at the event, which is likely to be hosted by the NRW Government in Berlin in the middle of 2008.

The meeting was also an opportunity to brief Dr Eisel on the work of CMS and its Agreements, including our interests in whale conservation, bats and the EC-funded Sahelo-Saharan antelope project.

At the end of his visit, the Executive Secretary presented Dr Eisel with a special CMS crystal key ring and looked toward to following up the ideas discussed and to further co-operation in Bonn and Berlin.

http://www.cms.int/news/PRESS/nwPR2007/12_Dec/Bonn_parliamentarian_051207.htm
06.12.2007



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 31/07

9. Dezember 2007

Energiesparen durch Rolladen- und Sonnenschutz

Bei einem Besuch des Rolladen- und Sonnenschutz-Fachbetriebs Specht GmbH sowie der Jolly Motor GmbH Deutschland in Buschdorf lobte der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel die Möglichkeiten, mit Rollläden und Sonnenschutzprodukten zum Klimaschutz beizutragen: „Es gibt durch beachtliche Innovationen im Materialbereich und maßgerechten Einbau sehr überzeugende Konzepte zum Energiesparen. Allerdings müssen wir sie auch nutzen. Bei der Klimakonferenz in Bali geht es um die globalen Themen. Gefragt ist aber auch jeder Einzelne: Wer zum Beispiel konsequent nachts die Rollläden schließt, kann bis zu 40 Prozent Energie sparen. Wenn das in ganz Deutschland gemacht würde, könnten damit ca. 300.000 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden.“

Eisel besuchte die Bonner Betriebe zusammen mit dem Hauptgeschäftsführer des in Bonn beheimateten Bundesverbandes Rolladen + Sonnenschutz e.V., Christoph Silber-Bonz. Dieser verwies besonders auf die in den letzten Jahren kontinuierlich steigenden Lehrlingszahlen. Derzeit bilde die Branche deutschlandweit in 348 Betrieben 480 junge Menschen in dem neugestalteten Berufsbild des Rolladen- und Sonnenschutzmechatronikers aus. Eisel zeigte sich beeindruckt von dem modernen Ausbildungsprofil und der Innovationskraft des Handwerks: „Umso mehr freut mich, dass die Spitzenorganisation der Branche, der „Bundesverband Rolladen + Sonnenschutz“, ihren Sitz hier in Bonn hat und das auch so bleiben wird.“

Hinweis für die Presse: Pressebilder zum Betriebsbesuch finden sie unter
<http://www.stephaneisel.de/start/Presseservice/Pressebilder/index.html>

Ein Denkmal für die Wiedervereinigung

*Lobenswerte Initiative von Dr.
Stephan Eisel, Mitglied des Bun-
destages*

GA, 08.09.97
Der General-Anzeiger berichtete über die Initiative von Stephan Eisel, das 60-jährige Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland auch in Bonn seitens des Bundes zu feiern sowie zur Erinnerung an die Wiedervereinigung Deutschlands ein Denkmal in Bonn zu errichten. Den Einsatz von Dr. Eisel zur Verwirklichung beider Vorhaben finde ich äußerst lobenswert und unterstützungswert, ist doch das Werden der Bundesrepublik Deutschland eng mit Bonn verknüpft. Das sollte nicht vergessen werden!

Wir haben allen Grund, froh zu sein über die lange Zeit des Lebens in Frieden, Freiheit und Wohlstand, zumal gerade die jüngere deutsche Geschichte viele leidvolle Ereignisse kennt. Die deutsche Wiedervereinigung 1990 war ein glückhaftes Ereignis in der deutschen Geschichte.

Seiner Bedeutung angemessen ist ein Denkmal in der Nähe des ehemaligen Deutschen Bundestages. Der Bundesstadt Bonn stünde es sehr gut an! **Jürgen Krall, Bonn**

HEUTE IM LOKALTEIL

► „Botschafter Bonns in Berlin“: CDU-Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel zog Bilanz seiner ersten 100 Tage im Parlament. **SEITE 38**

Bonn Bundeshaus, 11.12.87

BONN

Stephan Eisel: „Botschafter Bonns in Berlin“ CDU-Abgeordneter zog Bilanz: 100 Tage im Bundestag – 250 Gesprächstermine im Kalender

BONN. 250 Gesprächstermine in 100 Tagen: Der Bonner CDU-Abgeordnete Stephan Eisel, der seit dem 1. September dem Bundestag angehört, ist ein gefragter Mann. Er kam über einen Nachrückerplatz ins Parlament und legte gestern seine 100-Tage-Bilanz vor: „Ich bin sehr zufrieden“, sagte er, „es lief besser als erwartet“. Warum? Weil es in Berlin noch sehr viele Bonn-Freunde gebe, Kollegen im Reichstag und Beamte in Ministerien seien darunter. Dieses Netzwerk wolle er für die Bundesstadt nutzen, kündigte Eisel an, der sich als „Botschafter Bonns in Berlin“ sieht.

Wann immer es die Gelegenheit gebe, einen prominenten Besucher in Bonn zu empfangen, wolle er ihn auf die Bedeutung der einstigen Bundeshauptstadt aufmerksam machen.

Der CDU-Politiker, der dem Europaausschuss und dem Kulturausschuss des Bundestages angehört, berichtete, er habe sich vor allem dafür eingesetzt, dass die Feiern zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik auch in Bonn stattfinden, dass das Beethoven-Festspielhaus als nationale Aufgabe angesehen werde, dass es weiterhin Open-air-Konzerte auf dem Museumsplatz gibt und dass der Bund

Maßnahmen gegen den Bahnlärm unternimmt. In einem Pilotprojekt soll hier der Einsatz von „Flüsterbrümen“ getestet werden. Das sind auch Themenfelder, die Eisel SPD-Konkurrent Ulrich Kelber beackert, mit dem er zwar im Wettbewerb stehe, mit dem er sich aber in allen Punkten, die Bonn betrafen, abstimme, so der Christdemokrat.

Einer seiner Termine führte Eisel zum Rollladen- und Sonnenschutz-Fachbetrieb Specht GmbH und zur Jolly Motor GmbH in Buschdorf. Dort zeigt er sich beeindruckt von den Möglichkeiten, mit Rollläden und Sonnenschutzprodukten etwas für den Klimaschutz zu tun. Wer konsequent nachts die Rollläden schließt, kann bis zu 40 Prozent Energie sparen, so Eisel. (dbr)



Gespräch über Sonnenschutz (v. l.): Hans-Georg von Goscinski (Specht GmbH), Stephan Eisel und Christoph Silber-Bonz vom Bundesverband Rollläden und Sonnenschutz. (Foto: Melike Böschmeyer)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr.: 32/07

12. Dezember 2007

Kulturhauptstadt Europas für Bonn nutzen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat in einem Schreiben an Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann angeregt, die Aktivitäten und Initiativen um die deutsche Kulturhauptstadt Europas Essen/Ruhr.2010 auch für Bonn zu nutzen: „Alles, was 2010 mit der Kulturhauptstadt Europas zu tun hat, wird mit Sicherheit große nationale und internationale Ausstrahlung haben. Wir sollten es für Bonn nutzen, dass mit Essen und dem Ruhrgebiet unsere Nachbarschaft den Zuschlag erhalten hat.“

In seinem Schreiben an die Oberbürgermeisterin wies Eisel darauf hin, dass der Aufsichtsrat der Ruhr.2010 im August ausdrücklich beschlossen hat, „in die Zusammenarbeit auch anderweitige regionale Akteure und Kommunen außerhalb der Region“ einzubeziehen. Dies habe der Vorsitzende der Geschäftsführung von Ruhr.2010, Herr Dr. Fritz Pleitgen, auch in einem Gespräch mit Bundestagsabgeordneten in Berlin unterstrichen, an dem Eisel teilgenommen hat. Ein spezielles Bonner Vorhaben in diesem Zusammenhang gebe es bisher noch nicht. Andere Kommunen außerhalb des Ruhrgebietes hätten sich aber bereits eingebracht.

Eisel, der auch Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages ist, schrieb an OB Dieckmann: „Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie prüfen könnten, inwieweit Bonn mit einer eigenen Initiative die Kulturhauptstadt Europas in unserer Nachbarschaft unterstützen und zugleich von der großen Strahlkraft der Kulturhauptstadt im Jahr 2010 profitieren könnte.“

340 statt 1 000 ziehen um

HARDTHÖHE Lob von
Eisel und Kelber für Jung

BONN/BERLIN. Lob der Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) erntete gestern Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung. Dieser hatte einen Plan seines Amtsvorgängers Peter Struck (SPD) geändert, der den Führungsstab mit insgesamt rund 1 000 Mitarbeitern von der Hardthöhe nach Berlin verlegen wollte. Eisel sagte gestern, sein Parteifreund habe ihm telefonisch mitgeteilt, er werde lediglich den Einsatzführungsstab vom Rhein an die Spree versetzen; dabei handele es sich um 340 Mitarbeiter, vornehmlich Berufssoldaten. Eisel wertete die Entscheidung als „großen Erfolg“ für Bonn: „Mit dieser Lösung können wir sehr gut leben“. Kelber sprach von einem „fairen Zeichen für Bonn“, das Jung gesetzt habe. Das Verteidigungsministerium gehört zu den sechs Ministerien, die ihren ersten Dienstsitz in Bonn haben; es beschäftigt hier rund 2 500 Mitarbeiter und in Berlin etwa 300. ly

340 Militärs nach Berlin

BONN. Verteidigungsminister Franz Josef Jung zieht zum 1. Juli nächsten Jahres 340 Angehörige der Bundeswehr von der Hardthöhe ab und versetzt sie nach Berlin. Dort sollen sie einem Führungsstab für die Koordinierung internationaler Einsätze der Bundeswehr zugeordnet werden. Das teilte gestern der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Gespräch mit dem Minister mit. Versetzt werden sollen vorwiegend Soldaten, weniger zivile Mitarbeiter der Bundeswehr. Laut Eisel hatte Jungs Vorgänger Peter Struck noch vorgehabt, 1000 Militärs nach Berlin zu holen. Die Versetzung von 340 Soldaten sei daher „für die Region ein gutes Ergebnis“, ist sich Eisel mit seinem SPD-Kollegen Ulrich Kelber einig. (dbr)

GA, 12.12.07

Rundschau, 12.12.07

M

Dr. Stephan Eisel, MdB



Zum 50-jährigen Jubiläum des Kunststoffrohrverbandes e.V. gratuliere ich Ihnen herzlich. Leider kann ich auf Grund einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages Ihrer freundlichen Einladung nicht folgen. Dafür bitte ich um Verständnis.

Als national tätiger Berufsverband der deutschen Kunststoffrohr-Industrie vertreten Sie die Interessen eines großen Teils der deutschen Rohrhersteller und Kunststoffherzeuger. Dabei halten Sie seit 1964 der Stadt Bonn die Treue. Auch nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin haben Sie Ihren Hauptsitz weiter in der Bundesstadt Bonn belassen. Dafür danke ich Ihnen.

Die Arbeit des Verbandes ist eng mit der deutschen Wirtschaftsgeschichte verknüpft. Aus frühen Innovationen sind in Deutschland bewährte Produkte entstanden, die sich heute unter den Rahmenbedingungen des weltweiten Wettbewerbs einer wachsenden Konkurrenzsituation stellen müssen. In den 1960er Jahren stand für Ihren Verband zunächst das Werben um die Akzeptanz von Kunststoff gegenüber den tradierten Werkstoffen wie Guss, Beton und Steinzeug im Vordergrund. In den letzten Jahren haben Sie sich auch den immer bedeutsameren ökologischen Fragen gestellt. Die Kunststoffrohr-Industrie leistet hier mit ihrer freiwilligen Verpflichtung zur Rücknahme von gebrauchten Rohren und Rohrresten bereits einen wichtigen Beitrag.

Die von Ihnen vertretenen Unternehmen profitieren heute von dem sich immer stärker integrierenden Europa. Auf europäischer Ebene müssen aber auch weiterhin Handelshemmnisse zügig abgebaut werden. So ergeben sich beispielsweise im Bereich der zahlreichen nationalen technischen Spezifikationen noch Potenziale, den Marktzutritt für die deutsche Kunststoffrohr-Industrie zu erleichtern.

Für die weitere Arbeit Ihres Verbandes wünsche ich Ihnen viel Erfolg und stehe Ihnen dabei gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Ihrer Jubiläumsveranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Eisel

Die CDU nach der Kirchenschelte

Unions-Abgeordnete erwägen Antrag für ein völliges Importverbot – Schavan weiter unter Druck – Sorge um Reaktionen der christlichen Stammwählerschaft

Von Stefan Rehder

Nach dem verheerenden Echo, das der Beschluss des CDU-Parteitag zur Stammzellforschung zunächst in zahlreichen Medien und dann in weiten Teilen des katholischen Episkopats ausgelöst hat, ist die Union nun offenbar um Schadensbegrenzung bemüht. Am Montagabend befasste sich die nordrhein-westfälische CDU-Landesgruppe mit dem Thema, am Dienstagnachmittag dann die gesamte Bundestagsfraktion.

Wie „Die Tagespost“ im Anschluss an beide Sitzungen erfuhr, erwägen Unions-Abgeordnete offenbar nun, bei den für das Frühjahr geplanten parlamentarischen Beratungen über eine Novelle des Stammzellgesetzes einen weiteren Gruppenantrag in das Parlament einzubringen. Sein Ziel: Ein völliges Importverbot embryonaler Stammzelllinien. Bislang war immer nur von drei interfraktionellen Anträgen die Rede gewesen. Während ein von der FDP eingebrachter Antrag eine ersatzlose Streichung des Stichtags zum Ziel hat, sieht der von dem SPD-Abgeordneten René Rösper konzipierte Entwurf eine einmalige Verschiebung des Stichtags vor. Er wird bislang auch von Kanzlerin Merkel, die in der Fraktionssitzung schwieg, und Forschungsministerin Schavan favorisiert.

Ein dritter Antrag, der gemeinsam von der CDU-Bundestagsabgeordneten Julia Klöckner und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Priska Hinz, initiiert wird, sieht dagegen die Beibehaltung der 2002 beschlossenen Regelung vor. Danach dürfen aus menschlichen Embryonen im Ausland gewonnene embryonale Stammzellen nach Deutschland importiert werden, wenn sie dort vor dem 1. Januar 2002 etabliert wurden.

Als Gründe für den nun erwogenen vierten Entwurf nannten Teilnehmer der Sitzungen unterschiedliche Motive. Mehrere Sitzungsteilnehmer betonten übereinstimmend, bereits die geltende Stichtagsregelung sei von zahlreichen Unionsabgeordneten als „äußerster Kompromiss“ betrachtet worden. Tatsächlich hatten bei der letztlich maßgeblichen Abstimmung im April 2002 164 von 563 Abgeordneten des Deutschen Bundestags für ein völliges Importverbot votiert. Die meisten von ihnen gehörten CDU und CSU an. Bei der vorausgegangenen Abstimmung am 30. Januar 2002 hatten noch 266 Parlamentarier ein solches Verbot unterstützt, davon wiederum die meisten aus der Union.

Niemand habe damals wissen können, dass sich die Versprechungen, welche die Befürworter der embryonalen Stammzellforschung gemacht hätten, einmal als derart überzogen und haltlos herausstellen würden, heißt es dazu heute. Da inzwischen jedoch viel dafür spreche, dass embryonale Stammzellen vor allem aufgrund ihres enormen Risikos, zu Tumoren zu entarten, für eine Therapie beim Menschen gänzlich ungeeignet seien, hielten einzelne Abgeordnete es für möglich, doch noch eine Mehrheit für die „einzig konsequente Lösung“ zu erringen. So sagte etwa der Bonner CDU-Abgeordnete Stephan Eisel dieser Zeitung, „ich halte schon die geltende Stichtagsregelung für falsch und lehne embryonale Stammzellforschung grundsätzlich ab“.

Höfner-Gesellschaft über massive Kritik an der CDU

Ein anderer Teilnehmer der Sitzung sagte, es ginge auch darum, für „Lebensschützer“ und „kirchentreue Katholiken“ wählbar zu bleiben. Tatsächlich hatten der CDU-Parteitagbeschluss und die Art seines Zustandekommens bei vielen Stammwählern für ein bislang unbekanntes Ausmaß an Unmut gesorgt. So erklärte etwa die „Joseph-Höfner-Gesellschaft“

noch Anfang dieser Woche: „Auch für Kardinal Höfner wäre dieser Parteitagbeschluss wohl Anlass zu der Frage gewesen, ob eine solche Partei für Katholiken noch wählbar sei“. Hart ins Gericht ging die Joseph-Höfner-Gesellschaft mit Forschungsministerin Schavan: „Es ist ein Ärgernis, dass Ministerin Dr. Annette Schavan, eine prominente Vertreterin des deutschen Laienkatholizismus, maßgeblich zum Zustandekommen dieses falschen und gefährlichen Beschlusses beigetragen hat.“ Weiter heißt es in der Erklärung der Gesellschaft: „Mit Ihrem ausdrücklichen Hinweis auf ihre Überzeugung als katholische Theologin“ habe Frau Schavan „zur Verwirrung der Gewissen beigetragen“.

Scharfe Kritik an Schavan wurde auch im Wahlkreis der Ministerin geäußert. „Wir sind erschüttert, dass sich unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Annette Schavan ... auf dem CDU-Bundestag, sowie in verschiedenen Interviews offen für eine Verschiebung des Stichtags im Stammzellengesetz ausspricht“, zitierte die „Schwäbische Zeitung“ Anfang der Woche den Vorsitzenden der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) in Alb-Donau/Ulm, Leander Förster. Das Verhalten Schavans stehe im Gegensatz zum „mit überwältigender Mehrheit gefassten Beschluss des letzten Kreisparteitags der CDU Alb-Donau/Ulm am 13. September“.

Laut dem Blatt zeigte Förster auch Verständnis für die teilweise sehr massive Kritik der Bischöfe: „Die von ranghohen Kirchenvertretern geäußerte Kritik an Frau Schavan war zu erwarten und ist berechtigt. Es ist außerordentlich zu bedauern, dass Frau Schavan sehenden Auges eine heftige Auseinandersetzung mit der Kirche ausgelöst hat, bei der die CDU nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren hat.“ Es sei zu befürchten, dass kirchengebundene Stammwähler der CDU den Rücken kehren.

Grüne buhlen um Wähler aus dem Unions-Lager

Auf die spekulieren offenbar nun bereits die Grünen. Im Interview mit dem TV-Sender „Phoenix“ empfahl sich Grünen-Chefin Claudia Roth enttäuschten CDU-Anhängern mit den Worten: „Ich vertrete in dieser Position tatsächlich die Auffassung, die auch Kardinal Lehmann vertreten hat. Hier geht es im Kern wirklich um den Schutz der Menschenwürde.“ Die CDU begehe mit ihrem Beschluss den „Vollstieg in die verbrauchende Embryonenforschung“, so Roth. Dies passe „nun überhaupt nicht zu dem penetrant vorgetragenen C im Namen der CDU“. Mit christlichen Auffassungen habe dieser Beschluss „herzlich wenig zu tun“.

Mehrere Teilnehmer der Unionsfraktionssitzung berichteten, die „neue Liebe der Grünen zu den Kirchen“ sei auch in der Sitzung, in der sich nun auch Fraktionschef Volker Kauder gegen eine Verschiebung des Stichtags ausgesprochen hatte, thematisiert worden. Auf dem Parteitag hatte Kauder noch geschwiegen.

Der CDU-Abgeordnete Peter Weiß, Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK), sagte der „Tagespost“, „das eigentliche Dilemma ist, dass die Kirchen derzeit nicht mit einer Stimme sprechen“. So könnten sich die Befürworter einer Stichtagsverlegung innerhalb der Union immer noch auf den Ratsvorsitzenden der EKD berufen.

Sowohl in der NRW-Landesgruppe als auch in der Fraktion wurden Probeabstimmungen vermieden. Laut mehreren Sitzungsteilnehmern gebe es jedoch ein klares Stimmungsbild. So sagte Peter Hintze, der Vorsitzende der NRW-Landesgruppe, im Gespräch mit der „Tagespost“, von den 46 nordrhein-westfälischen CDU-Bundestagsabgeordneten seien etwa Zweidrittel gegen eine Verlegung des Stichtags. Ähnlich sei laut Sitzungsteilnehmern auch die Stimmung in der Fraktion. Zu der Frage, welche Chancen ein Antrag für ein völliges Importverbot habe, wollte sich keiner der Sitzungsteilnehmer äußern. Dafür sei es noch zu früh, hieß es.

Hintze, der wie die FDP für die ersatzlose Streichung des Stichtags eintritt, sagte der „Tagespost“, ein völliges Importverbot werfe verfassungsrechtliche Probleme auf. Selbst Gegner der embryonalen Stammzellforschung besäßen Zweifel, dass sich ein Importverbot mit der in Artikel 5 der Verfassung garantierten Forschungsfreiheit vereinbaren lasse.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 33/07

13. Dezember 2007

Nein zur embryonalen Stammzellforschung

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat heute einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag im Deutschen Bundestag unterschrieben, der sich gegen eine Erleichterung der Forschung mit embryonalen Stammzellen wendet. Eisel sagte dazu: „Für mich beginnt unverwechselbares menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Embryonale Stammzellforschung setzt die Tötung dieser Embryonen voraus und deshalb lehne ich sie grundsätzlich ab. Deshalb habe ich schon den Stichtag für den Import von embryonalen Stammzelllinien im geltenden Stammzellgesetz für falsch gehalten. Umso mehr bin ich jetzt gegen eine Verschiebung des Stichtages.“

Im Bundestag werden zur Frage der embryonalen Stammzellforschung in den Fraktionen unterschiedliche Meinungen vertreten. Sie reichen von einer völligen Freigabe bis zum Festhalten am geltenden Stammzellgesetz von 2002. Es erlaubt nur den Import von embryonalen Stammzellen, die vor dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden. In Deutschland dürfen solche Stammzelllinien nicht hergestellt werden, da bei ihrer Gewinnung Embryonen getötet werden.

Eisel unterstützt den fraktionsübergreifenden Antrag „Keine Änderung des Stichtages im Stammzellgesetz – adulte Stammzellforschung fördern“, der von den Abgeordneten Priska Hinz (Grüne), Julia Klöckner (CDU), Hans-Michael Goldmann (FDP) und Herta Däubler-Gmelin (SPD) initiiert wurde. Er hat bereits Anfang der Woche in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Haltung erläutert.

Hinweis: Den Wortlaut des Antrages finden Sie unter www.stephaneisel.de

Höffner-Gesellschaft: Enttäuscht von CDU

Tief enttäuscht ist die Joseph-Höffner-Gesellschaft über den CDU-Parteitagbeschluss zum Stammzellgesetz. Der Vorsitzende, Professor Dr. Lothar Roos, erklärt, es sei „nicht zu rechtfertigen, für noch so gut klingende Zwecke die Tötung menschlichen Lebens zu billigen“. Mit Ministerin Dr. Annette Schavan habe eine prominente Vertreterin des deutschen Laienkatholizismus maßgeblich am Zustandekommen des „falschen und gefährlichen Beschlusses“ mitgewirkt. Mit ihrem ausdrücklichen Hinweis auf ihre Überzeugung als katholische Theologin trage sie zur Desensibilisierung der Gewissen bei. Die Höffner-Gesellschaft appelliere an alle CDU-Bundestagsabgeordneten, sich bei einer möglichen Novellierung des Stammzellgesetzes nicht durch den Parteitagbeschluss von elementaren Forderungen des christlichen Menschenbildes abbringen zu lassen. **EB**

Einsatz für Menschenwürde verlangt

Kardinal Meisner greift Stammzellpolitik der Bundesforschungsministerin an



Kardinal Joachim Meisner hat Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan für den Vorstoß zur Lockerung des Stammzellgesetzes beim CDU-Parteitag kritisiert und ihr Missbrauch des Wortes „katholisch“ vorgeworfen. Gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ äußerte der

Archdiakon die Vermehrung der Nutzung von embryonalen Stammzellen eingesetzt. Sie hat sich damit nicht nur gegen viele Delegierte gewandt, die aus christlicher Überzeugung gegen eine solche Aushöhlung des Lebensschutzes sind. Sie hat sich auch eindeutig gegen die Position der katholischen Kirche gestellt.

Dass sie dennoch ihre Eigenschaft als „katholische Theologin“ in die Waagschale wirft, ist ein Missbrauch des Wortes „katholisch“ für eine von durchsichtigen Forschungsinteressen motivierte Kampagne. Die katholische Kirche steht bekanntlich eindeutig für den uneingeschränkten Schutz des menschlichen Lebens von der Verschmelzung von Samen- und Eizelle bis zum Tod. Die Unwahrhaftigkeit in der Position der Ministerin entlarvt sich deshalb selbst, wenn sie gleichzeitig

mit Blick auf andere Parteien behauptet, „dass das Christentum eine geistige Kraft ist, die Politik gestalten kann. Das unterscheidet uns von allen anderen“.

Es ist tragisch, wie eine Ministerin unter dem Druck von Interessenvertretern christliche Prinzipien aufgibt und sich sogar an die Spitze einer Bewegung stellen lässt, die Schritt für Schritt die Auflösung unseres Wertefundaments betreibt. Dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt zu tun, wo sich der Wissenschaft ethisch unproblematische Perspektiven eröffnen, macht das Verhalten der Ministerin besonders unverständlich. Christliche Politikerinnen und Politiker aller Parteien sind aufgerufen, sich in dieser bedeutsamen Frage zur unantastbaren Würde des Menschen zu bekennen. **PEK**

Das Votum des CDU-Parteitages von Hannover, das Stammzellgesetz durch eine Verschiebung des Stichtages aufzuweichen, hat viel Kritik ausgelöst. Das geltende Stammzellgesetz erlaubt in Deutschland die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellkulturen, die vor dem 1. Januar 2002 im Ausland angelegt wurden. Damit sollte verhindert werden, dass weitere Embryonen für die Zwecke der deutschen Forschung getötet werden. Denn jeder noch so kleine Embryo ist ein vollwertiger Mensch, der nach dem Grundgesetz Würde und Lebensschutz besitzt. Die Befürworter der Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen wollen die bestehende Beschränkung durch den bisherigen Stichtag jedoch lockern oder sogar gänzlich fallen lassen. Auf Betreiben der Bundeskanzlerin und der Bundesforschungsministerin hat sich eine knappe Mehrheit der Delegierten beim CDU-Parteitag Anfang dieses Monats diesen Standpunkt zu Eigen gemacht und für eine Verschiebung des Stichtages gestimmt. Nach Auffassung der Kritiker wäre der Em-

bryonenschutz in Deutschland vollends ausgehöhlt, sofern auch der Bundestag irgendwann im nächsten Jahr im Fall einer Novellierung des Stammzellgesetzes einen solchen Beschluss fasste. Das Votum der größten Regierungspartei, die sich in ihrem gerade verabschiedeten Grundsatzprogramm abermals auf das „christliche Menschenbild“ beruft, hat daher heftige Reaktionen bei der Kirche, aber auch in der Politik bis in die CDU hinein ausgelöst. Deswegen und wegen der zwar noch nicht terminierten, aber sicher zu erwartenden Abstimmung im Bundestag hat die Kirchenzeitung die CDU-Bundestagsmitglieder im Bereich des Erzbistums Köln gefragt: „Wenn heute im Bundestag über eine Verschiebung des Stichtages im Stammzellgesetz abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?“ Wir möchten mit unserer Umfrage, in die Abgeordnete der anderen Parteien in einer der nächsten Ausgaben einbezogen werden, mehr Transparenz in den politischen Entscheidungsprozess bringen, der die Grundfesten der Menschenwürde berührt. **KL/STS**

So wollen sie abstimmen

Stammzellgesetz: Wir fragten Bundestagsabgeordnete, wie sie entscheiden würden

Dr. Wolfgang Bauer, Euskirchen: „Ich würde gegen eine Verschiebung des Stichtages stimmen, denn diese Frage berührt



letztlich die Stichtagsregelung in ihrem Innersten, in ihrem Sinn und Zweck. Die Regelung soll verhindern, dass von Deutschland aus eine Gewinnung embryonaler Stammzellen veranlasst wird. Wer jetzt für eine Verschiebung stimmt, höhlt diese Regelung inhaltlich

aus. Für mich ist es aber in erster Linie eine Gewissensentscheidung. Daher lehne ich einen solchen Schritt ab.“

Wolfgang Bosbach, Rheinisch-Bergischer Kreis: „Ich würde gegen eine Abschaffung und gegen eine Verschiebung des gesetzlichen Stichtages stimmen. Die CDU hat gerade auf ihrem Parteitag bekräftigt, dass die Tötung menschlicher Embryonen



zur Gewinnung embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes unvereinbar ist. Seit kurzem wissen wir, dass pluripotente Stammzellen sich auch ohne eine ‚verbrauchende Embryonenforschung‘ gewinnen lassen. Wir sollten darum die Position Deutschlands bei der Forschung mit ethisch unproblematischen adulten Stammzellen und induzierten pluripotenten Stammzellen ausbauen.“

Dr. Stephan Eisel, Bonn: „Ich lehne eine Veränderung des Stichtages im Stammzellgesetz

ab. Ich halte schon die jetzt geltende Stichtagsregelung für falsch und lehne embryonale Stammzellforschung grundsätz-



lich ab. Es gilt der ethische Grundsatz: Der Zweck (zum Beispiel die Hoffnung auf Krankheitsbekämpfung) heiligt eben nicht die Mittel. Lebensschutz muss beim Beginn menschlichen Lebens einsetzen, den viele Wissenschaftler

➤ Fortsetzung auf Seite 4/5

► Fortsetzung von Seite 3

in der Vereinigung von Ei und Samen sehen. Selbst wenn manche dies bestreiten, muss der Gesetzgeber den Lebensschutz im Zweifel eher früher als später sicherstellen. Deshalb ist embryonale Stammzellforschung grundsätzlich auszuschließen."

Klaus-Peter Flosbach, Oberbergischer Kreis: „Letztendlich geht es immer um den Grundkonflikt, ob man menschliches Leben für Forschungszwecke töten darf.



Auch der christliche Politiker wird mit dem Argument unter Druck gesetzt, dass nur über die embryonale Stammzellforschung schwere

Krankheiten überwunden und menschliches Leben gerettet werden könnten. Doch genau dies hat die bisherige Forschung nicht bewiesen. Die großen Fortschritte werden mit adulten Stammzellen erzielt, für die keine Embryonen getötet werden müssen. In diesem Bereich der Forschung mit adulten Stammzellen ist Deutschland weltweit führend. Die Verschiebung des Stichtages im Stammzellgesetz kommt einer ethischen Wanderdüne gleich. Wir geraten in einen Kreislauf, den Stichtag immer wieder neu verschieben zu müssen. Deshalb sage ich Nein zur Verschiebung des Stichtages."

Hermann Gröhe, Neuss: „Die Tötung von Embryonen zu Forschungszwecken lehne ich klar ab. Eine einmalige Stichtagsverschiebung halte ich mit meiner Evangelischen Kirche unter bestimmten Umständen für ethisch vertretbar. Ein



neuer, schon verstrichener Stichtag erlaubt keine einzige Tötung eines Embryos, aber die Nutzung bereits vorhandener Stammzelllinien. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse helfen entscheidend bei der Forschung mit adulten Stammzellen. Dass Annette Schavan die Mittel für diese ethisch unbedenkliche Forschung an adulten Zellen massiv ausgeweitet hat, ist gute christlich-demokratische Forschungspolitik."

Ursula Heinen, Köln: „Wir stehen im Deutschen Bundestag vor der Abwägungsfrage, ob wir die

Chance auf Heilung bisher unheilbarer Krankheiten ergreifen oder ob wir diese Chance mit Hinweis auf religiöse Prinzipien verwerfen. Als katholische Christin bin ich der Auffassung,



dass der kranke und leidende Mensch vom Gesetzgeber erwartet kann, dass dieser alles in seiner Macht stehende tut, Wege zur Heilung zu eröffnen. Alzheimer, Parkinson und Krebs sind Geißeln der Menschheit, die die Mediziner mit Hilfe der Stammzellforschung überwinden wollen. Der alte Stichtag für den Import embryonaler Stammzellen zwingt die Forschung in Deutschland, mit tierischen Stoffen verunreinigte Zelllinien zu benutzen. Unsere Forscher müssen Zugang zu den reinen Zelllinien erhalten – zum Wohle der ihnen anvertrauten Menschen."

Peter Hintze, Wuppertal: „Jesus selbst stellt, wie das Neue Testament bezeugt, die Heilung von Menschen über starre religiöse Regeln. Darüber streitet er sich regelmäßig mit jenen, die behaupten,



frömm zu sein und Gottes Willen zu kennen. Dort, wo wir den leidenden Menschen beistehen, erfüllen wir das Gebot Christi.

Ich bin für eine Streichung der Stichtagsregelung. Als Christ hat für mich die Sorge um das Leben schwer kranker Menschen Vorrang vor einem Prinzip, das einer Zelllinie einen höheren Rang einräumt. Ich sehe mich in der Verantwortung, die uns von Gott gegebene Fähigkeit des Forschens und Heilens in den Dienst bislang unheilbar kranker Menschen zu stellen. Das Grundgesetz gibt dem Staat eine besondere Verantwortung für den Lebensschutz. Da die vor dem Stichtag etablierten Stammzelllinien mit tierischen Materialien verunreinigt, die neuen Zelllinien hingegen rein sind, droht wegen der zurückgehenden Verfügbarkeit geeigneter Stammzelllinien ein Verstoß gegen die Forschungsfreiheit durch Zeitablauf. Forschung mit embryonalen Stammzellen ist nötig, um durchgreifende Erfolge in der Forschung mit adulten Stammzellen und bei der Reprogrammierung normaler Zellen zu erzielen."

Hildegard Müller, Düsseldorf:

„Ich würde gegen eine Verschiebung des Stichtages stimmen. In dieser Frage gilt einzig die Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Mein Ziel ist es jedoch, eine parlamentarische Mehrheit für meine Auffassung zu bekommen. Im Übrigen akzeptiere ich aber auch, wenn jemand zu einer anderen Auffassung als ich kommt. Ich bin der Ansicht, dass derzeit viele, zu viele Emotionen die Debatte beherrschen. Wir müssen zu einer Sachlichkeit zurückfinden. Nur so können wir uns gezielt damit befassen, welche Chancen in der adulten Stammzellforschung und in den neuen Forschungsergebnissen liegen."



Dr. Norbert Röttgen, Rhein-Sieg-Kreis II: „Ich halte es nicht für sinnvoll, von Abgeordneten eine kurze Antwort in einer Frage höchstpersönlicher Überzeugungs- und Gewissensbildung zu verlangen, bevor überhaupt eine erste Erörterung im Bundestag stattgefunden hat. Das parlamentarische Verfahren als Ort und Mittel der Überzeugungsbildung sollte respektiert werden."



Beatrix Philipp, Düsseldorf: „Ich gehöre zu den Gegnern einer Gesetzesänderung und lehne eine Verschiebung oder gar Abschaffung dieser Stichtagsregelung ab. Ein möglicher, äußerst ungewisser Therapiegewinn durch die



Forschung an embryonalen Stammzellen steht in keinem Verhältnis zum ethischen Schaden. Es ist für mich eine Frage der Glaubwürdigkeit von Abgeordneten. Die Forscher, insbesondere Herr Prof. Winacker, damals Vorsitzender der DFG, haben vor fünf Jahren versichert, mit der einmaligen Einführung der Stichtagsregelung ihren Forschungsbedarf decken zu können. Mit derselben Argumentation wie jetzt würde eine Regelung geschaffen, die immer wieder benutzt werden könnte,

um eine Verschiebung zu begründen. Dann wäre es ehrlicher, die Forschung an embryonalen Stammzellen generell frei zu geben. Die spektakulären Forschungsergebnisse der letzten Wochen machen die Argumentation der Befürworter einer Verschiebung sehr fragwürdig und zeigen, dass es sich lohnt, auch in der Zukunft verstärkt in die Forschung mit adulten Stammzellen zu investieren. Schon die bestehende Stichtagsregelung war für mich, wie für viele Kolleginnen und Kollegen, ein Kompromiss."

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Rhein-Sieg-Kreis I: „Wie auf dem Bundesparteitag der CDU würde ich gegen eine Verschiebung des Stichtages stimmen. Der Embryo hat von Anfang an Anspruch auf Schutz seines Lebens und seiner Würde; die ist mit einem ‚Verbrauch‘ nicht vereinbar. Es



dann kein plausible Grenze mehr bei der Verwendung von Embryos für Zwecke der Medizin. Gleichwohl respektiere ich, wenn Kollegen in der Abwägung von möglichen Forschungserfolgen zu Gunsten schwer erkrankter Menschen gegenüber der Lebensperspektiven unzähliger Embryos aus künstlicher Befruchtung und angesichts der internationalen Forschungspraxis zu einem anderen Ergebnis kommen."

Willi Zylajew, Erftkreis: „In einer Legislaturperiode gibt es wenige Entscheidungen, die absolut dem eigenen Gewissen zuzuordnen sind. Dies ist im Bereich der Forschung mit Stammzellen der Fall. Ich weiß von allen Kolleginnen und Kollegen, dass sie sehr sorgfältig die verschiedenen Positionen abwägen. Für mich persönlich ist die Position klar: Ich werde einer Verschiebung des Stichtages nicht zustimmen und erwarte, dass meine Gewissensentscheidung auch von



andere Votierenden respektiert wird, so wie ich deren Entscheidung respektieren muss."

Die Abgeordnete **Michaela Noll, Mettmann**, und der Abgeordnete **Willy Wimmer, Neuss**, gaben uns keine Antwort.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 32/07

12. Dezember 2007

Kulturhauptstadt Europas für Bonn nutzen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat in einem Schreiben an Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann angeregt, die Aktivitäten und Initiativen um die deutsche Kulturhauptstadt Europas Essen/Ruhr.2010 auch für Bonn zu nutzen: „Alles, was 2010 mit der Kulturhauptstadt Europas zu tun hat, wird mit Sicherheit große nationale und internationale Ausstrahlung haben. Wir sollten es für Bonn nutzen, dass mit Essen und dem Ruhrgebiet unsere Nachbarschaft den Zuschlag erhalten hat.“

In seinem Schreiben an die Oberbürgermeisterin wies Eisel darauf hin, dass der Aufsichtsrat der Ruhr.2010 im August ausdrücklich beschlossen hat, „in die Zusammenarbeit auch anderweitige regionale Akteure und Kommunen außerhalb der Region“ einzubeziehen. Dies habe der Vorsitzende der Geschäftsführung von Ruhr.2010, Herr Dr. Fritz Pleitgen, auch in einem Gespräch mit Bundestagsabgeordneten in Berlin unterstrichen, an dem Eisel teilgenommen hat. Ein spezielles Bonner Vorhaben in diesem Zusammenhang gebe es bisher noch nicht. Andere Kommunen außerhalb des Ruhrgebietes hätten sich aber bereits eingebracht.

Eisel, der auch Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages ist, schrieb an OB Dieckmann: „Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie prüfen könnten, inwieweit Bonn mit einer eigenen Initiative die Kulturhauptstadt Europas in unserer Nachbarschaft unterstützen und zugleich von der großen Strahlkraft der Kulturhauptstadt im Jahr 2010 profitieren könnte.“

Zwei neue PKM-Mitglieder



Mit Dr. Stephan Eisel
MdB und Bernd Heyne-
mann MdB heißt der
PKM zwei neue Mitspre-
cher in seinen Reihen
herzlich willkommen.



Damit engagieren sich
aktuell 133 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im
Parlamentarischen Mittelstand. Die älteste und größte so-
ziologische Gruppe des Deutschen Bundestages wurde
bereits in der ersten Legislaturperiode auf Anregung von
Bundeskanzler Konrad Adenauer ins Leben gerufen.
Ludwig Erhard, Begründer der Sozialen Marktwirtschaft,
gehörte dem PKM von 1968 bis 1977 an.

19/12/05

PKM - Material zur
III/2007
Mittelstandspolitik



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 34/07

19. Dezember 2007

Weihnachtstipp: Internet für Kinder

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wies heute auf die neue Kinder-Internetseite www.fragFINN.de hin. Diese wurde von der Initiative "Ein Netz für Kinder" rechtzeitig zum Weihnachtsfest freigeschaltet: „Das Internet gehört zur selbstverständlichen Erfahrungswelt für Kinder, aber es birgt nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren. Viele Eltern suchen nach Möglichkeiten, damit verantwortungsvoll umzugehen. Die neue Kinderinternetseite www.fragFINN.de ist dafür ein sehr gutes Angebot.“

Die Komikfigur FINN ist eine „schlaue und findige Netzraupe“, die als Suchmaschine kindgerechte Internetseiten zusammenstellt. So wird ein geschützter, speziell für Kinder geeigneter Surfraum geschaffen. Mit einem einfachen Zusatzprogramm zum Internetbrowser können Eltern gewährleisten, dass Kinder sich nur auf diesen überprüften Seiten bewegen können. Die Kinder spüren die vorhandenen Grenzen des Surfraumes nicht. Das Schutzprogramm wird auf fragFINN.de kostenlos zum Download angeboten.

Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ wird von der Bundesregierung, der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM) sowie zahlreichen Unternehmen und Verbänden aus der Telekommunikations- und Medienwelt getragen. Die Bundesregierung stellt in den nächsten drei Jahren 1,5 Millionen € pro Jahr zur Verfügung, um kindgerechte Internet-Angebote zu fördern. Vorschläge können bei der Initiative: www.ein-netz-fuer-kinder.de eingereicht werden. Eisel ist Mitglied im zuständigen „Ausschuss für Kultur und Medien“ des Deutschen Bundestages.

Aufstellung für Gemeinde Alfels, 21.12.07

Anzeige

Dr. Stephan Eisel zu Besuch bei der Specht GmbH

Beauftragter von den Möglichkeiten, mit Rollläden und Sonnenschutzprodukten Energie und Heizkosten zu sparen, zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel bei einem Besuch des Rollläden- und Sonnenschutz-Fachbetriebs Specht GmbH in der Christian-Lassen-Straße. Nach einem gemeinsamen Rundgang mit dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Rollläden & Sonnenschutz e.V., Christoph Silber-Bonz, und dem Geschäfts-

führer der Firma Specht, Hans-Georg von Goscinski, äußerte Dr. Eisel die Überzeugung, dass die Rollläden- und Sonnenschutz-Branche hinreichend ist in die ökonomisch wie ökologisch gleichermaßen gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wirkungsvoll zum Energiesparen beizutragen. Für den ganzjährigen Wärmeschutz seien im Zusammenspiel von Produzenten und Fachbetrieben überzeugende Konzepte entwickelt worden. Das werde unter anderem daran deutlich, dass mit geschlossenen Rollläden bis zu 40% Energie eingespart werden kann. Die Firma Specht, mit 10 Mitarbeitern ein für die Branche typischer mittelständischer Fachbetrieb, beeindruckte als Allrounder auf den Aktionsfeldern des Rollläden- und Sonnenschutz-techniker-Handwerks. Seine moderne Produktvielfalt und die qualifizierten Dienstleistungen wurden bei der Führung eindringlich veranschaulicht. Von Goscinski informierte den Gast umfassend über das aktuelle



Dr. Stephan Eisel im Gespräch mit Hans-Georg von Goscinski

Angebot und die ausgereiften technischen Feinheiten beim Energie sparen, im sommerlichen und winterlichen Wärmeschutz, im Einbruchschutz sowie im Sicht- und Blendschutz. Auf die Ausbildungsleistung des Rollläden- und Sonnenschutztechniker-Handwerks verwies Christoph Silber-Bonz. In den letzten Jahren habe man kontinuierlich steigende Lehrlingszahlen zu verzeichnen. „Ohne Zwei-

fel, die Rollläden- und Sonnenschutz-Branche ist gerüstet für die Zukunft und kann durch seine Produkte und Dienstleistungen zu einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Umso mehr freut es mich, dass renommierte Fachbetriebe sowie auch die Spitzenorganisation der Branche, ihren Sitz hier in Bonn haben“, so das Resümee von Dr. Eisel über seinen Besuch. www.spechtgmbh.com BV



Dr. Eisel war von den Ausführungen des Firmenchefs begeistert

UMWELT Das Sankt-Josef-Hospital stellt seine neue Photovoltaikanlage vor. Die Initiative Bonner Klimaschutz will mit Solarstrom den CO₂-Ausstoß minimieren

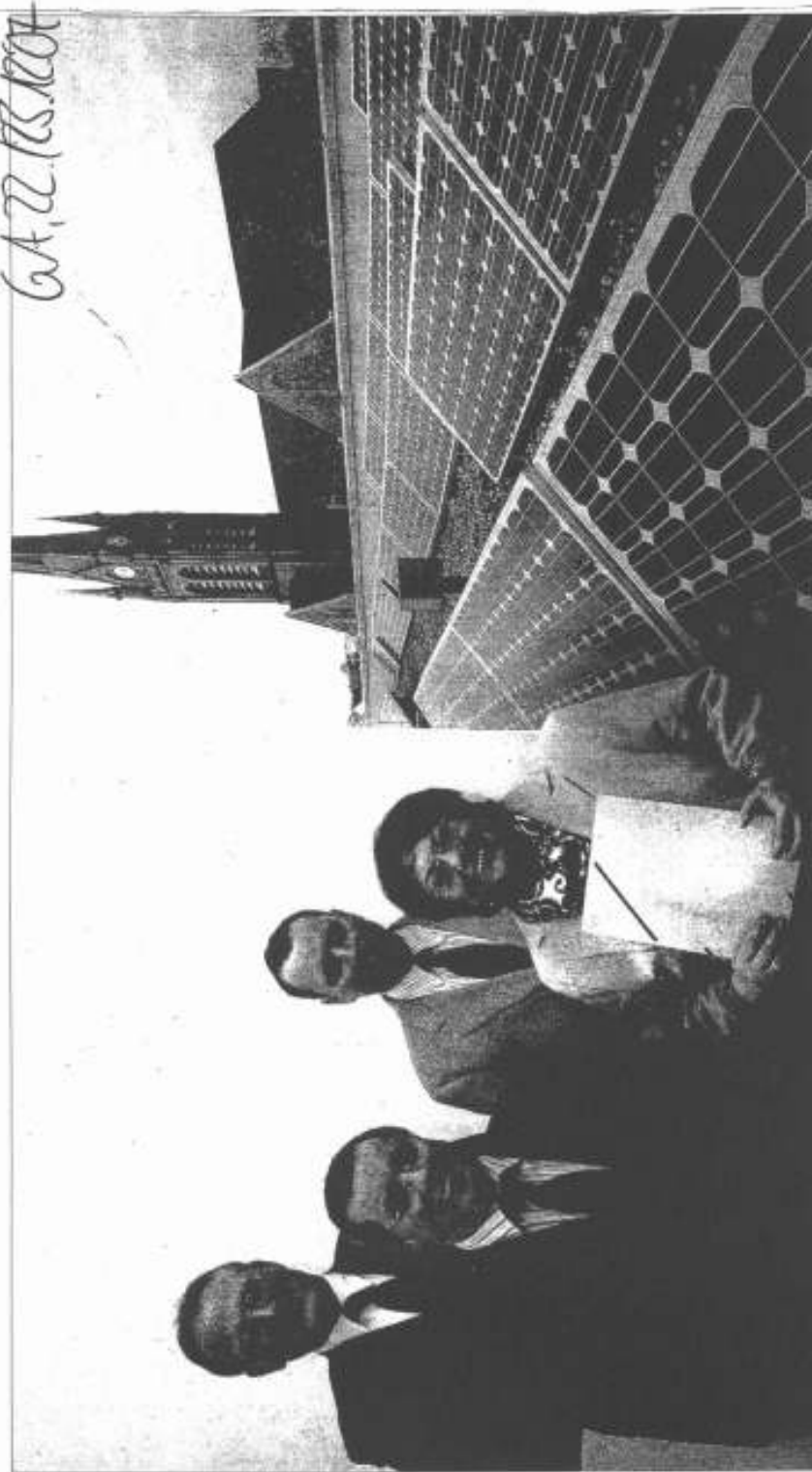
von Stefan Knopp

BEUEL. Bonn als Solarstadt Deutschlands? Das Sankt-Josef-Hospital in Beuel hat es vorgeplant: Mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem großflächigen Krankenhausdach werden künftig rund 15 000 Kilowattstunden regenerativen Stroms aus Sonnenlicht erzeugt und in die Stromnetze der RWE eingespeist. Damit können vier Haushalte versorgt werden. Klimaschutz, der sich auch noch wirtschaftlich rechnet: Pro Kilowattstunde Strom, die auf diese Weise in die Stromnetze fließt, zahlen die Energieversorgungsunternehmen gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 49 Cent. Auf diese Weise werden anfallende Kosten durch Tilgung, Zinsen und Versicherung sowie Betriebskosten mehr als gedeckt.

Die Anlage in Beuel ist ein Modellprojekt einer Idee, die die Initiative Klimaschutz Bonn e.V. im Bonner Raum und im Rhein-Sieg-Kreis verwirklichen will. Der Verein wurde gerade gegründet. Sein Anliegen ist, die CO₂-Emission zu verringern, indem er die Installation von Photovoltaik-Zellen auf Gebäudedächern fördert.

Die Idee ist aus der aktuellen Klimawandel-Diskussion hervorgegangen und besteht speziell für Bonn aus einer einfachen Rechnung: Wird der CO₂-Ausstoß nicht stark verringert, steigt die Jahresdurchschnittstemperatur in Bonn bis zum Jahr 2046 um 3°C, was die Lebensbedingungen durch Stürme und Überflutungen stark erschweren wird.

Die Gründer, Edith Bosau-Epperlein und Gunter Epperlein von der Bosau Immobilien-Management GmbH, Peter Kern, Facharzt für Innere Medizin, und Diplom-Kaufmann Michael Kranz rufen deshalb



Einsatz für den Klimaschutz: (v. l.) Ulrich Kelber, Stephan Eisel, Peter Kern und Edith Bosau-Epperlein präsentieren die Solaranlage.

FOTO: MAX MALSCH

mit der Kampagne „Bonn schaltet um auf Solarkraft“ zur Mithilfe auf. Gesucht werden einerseits Gebäude mit einer Dachgröße von mindestens 500 Quadratmetern Fläche, deren Besitzer bereit sind, dort für eine geplante Betriebsdauer von mindestens 20 Jahren Photovoltaik-Zellen zu installieren. Und andererseits Bürger, die sich an der Finanzierung dieser Zellen beteiligen und dafür langfristig vom Erlös aus der Stromerzeugung profitieren. Im Rahmen dieses Projektes sollen 2008 zunächst auf 33 Gebäuden solche Anlagen errichtet werden.

„Ziel ist es, am Ende mindestens eine Megawattstunde Strom zu erzeugen, womit 220 Haushalte versorgt werden können“, so Kern. Der Verein wolle die Problematik, aber auch die wirtschaftlich vorteilhafte Lösung den Bürgern ins Bewusstsein rufen und „Trägheit zu überwinden, um den Stein ins Rollen zu bringen“. Der Verein soll hierbei als Ansprechpartner und Vermittler dienen.

Die Bundestagsmitglieder Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) betonten auf der Pressekonferenz zur Gründung der Initiative

im Josef-Krankenhaus, die Politik könne nur Rahmenbedingungen schaffen. Die Bürger müssten die Initiative ergreifen und die Möglichkeiten des EEG für sich nutzen, das jeden zur Einspeisung regenerativ erzeugten Stroms berechtigt. „Die Bürger müssen als Vorbild fungieren“, so Kelber. Eisel bot seine Vermittlungshilfe für die Einbeziehung von Gebäuden des Staates, Landes und der Stadt an.

Jeder könne sich an der Klimaschutz-Maßnahme beteiligen, sagte Kern. Die Aussage „Klimaschutz ist zu teuer“ sei keine Ausrede mehr

angesichts der Tatsache, dass man für die Einspeisung bezahlt wird. Für Kern steht fest: „Bonn muss Klimaschutzstadt Nummer eins werden.“

Wer sich informieren oder beteiligen will, kann den Kontakt zur Initiative Klimaschutz Bonn entweder telefonisch unter 0228/22 31 63 oder via E-Mail an info@bonner-klimaschutz.de herstellen. Die Homepage www.bonner-klimaschutz.de wird in Kürze ebenfalls fertiggestellt sein.

Klimaschutz ist nicht mehr zu teuer

GAZ. 22.12.2007



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 35/07

26. Dezember 2007

Eisel dankt Kelber für Zusammenarbeit

Adenauer zur Entspannung nach dem Märchen vom Demokratischen Sozialismus

Mit einem launigen Gruß zum Jahreswechsel hat sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bei seinem Kollegen Ulrich Kelber „für die kollegiale Zusammenarbeit für unsere Heimatstadt Bonn“ bedankt. Dies knüpfe „an die gute Tradition der parteiübergreifenden Zusammenarbeit bei Bonner Interessen an“ und habe auch schon „gute Früchte für unsere Heimatstadt getragen.“

„Für die besinnlichen Tage zwischen den Jahren“ überreichte Eisel Kelber „ein kleines Präsent, das ich im SPD-Shop erstanden habe: Das neue SPD-Grundsatzprogramm als Hörbuch.“ Eisel gab seinem Kollegen dabei mit auf den Weg: „Bitte erliegen Sie nicht der Gefahr wegzudösen, wenn die sonore Stimme von Wolfgang Thierse das Märchen vom Demokratischen Sozialismus vorliest – denn Sie wissen ja: Herr Thierse vergreift auch schon mal im Ton und dann ist beim Blick auf den Originaltext das Erschrecken groß.“

„Zum Ausgleich und zur Entspannung“ fügte Eisel „eine CD mit der Lieblingsmusik von Konrad Adenauer bei – natürlich mit Beethoven an erster Stelle.“ Bei den Bezeichnungen der Sätze seiner 6. Sinfonie wie „Frohe, dankbare Gefühle nach dem Sturm“ habe Beethoven aber nachweislich nicht an die Große Koalition gedacht. Eisel an Kelber: „Aber dass die CD zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland erschienen ist, mag Sie an die Chancen erinnern, die wir 2008/2009 mit dem 60. Geburtstag unserer Bundesrepublik für Bonn nutzen sollten. In diesem Sinne freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit für Bonn und den Wettstreit um den besten politischen Weg für Deutschland und Europa.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 36/07

27. Dezember 2007

Arbeitsprogramm gegen Bahnlärm

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und sein Landtagskollege Gerhard Lorth haben heute ein „Arbeitsprogramm 2008: Bahnlärm wirksam bekämpfen“ vorgelegt. Die Abgeordneten sagten dazu: „Für uns hat die wirksame Bekämpfung des Bahnlärms hohe Priorität, denn in Bonn sind wegen der mitten durch Wohngebiete führenden Bahntrassen besonders viele Menschen betroffen.“

Das Arbeitsprogramm gegen Bahnlärm will die Probleme auf drei Ebenen angehen:

1) **Kurzfristiges Dringlichkeitsprogramm: Umrüstung auf Flüsterbremsen**

Die Bonner Abgeordneten begrüßen, dass im Bundeshaushalt dafür erstmals Mittel bereitgestellt werden und fordern von der Bahn, dass die lärmreduzierten Güterwagen nachprüfbar bevorzugt auf der besonders belasteten Rheinschiene eingesetzt werden wie dies das Programm der Bundesregierung „Leiser Rhein“ vorsieht.

2) **Mittelfristiges Maßnahmenpaket: Lärmbezogene Trassenpreise und europaweite Innovation**

Die Bonner Abgeordneten fordern vom Bundesverkehrsminister, dass er sich in Brüssel für beschleunigte europaweite Lösungen einsetzt und mit einem nationalen Modell zu lärmabhängigen Trassenpreisen zielstrebig vorangeht.

3) **Langfristige Lösung: Entlastungsstrecke alternativ zum Rheintal**

Die Bonner Abgeordneten unterstützen solche Vorschläge der CDU Rheinland-Pfalz und fordern vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck, dass er klarstellt, welche Entlastungsstrecke die SPD-Landesregierung anstrebt und welche Maßnahmen sie konkret zu deren Realisierung einleitet.

Das komplette Arbeitsprogramm können Sie hier [downloaden](#).



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 - 184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

28.12.2007

Zur heutigen Stellungnahme meines Kollegen Kelber zum Thema Bahnlärm möchte ich festhalten:

"Noch im Juni 2007 hat der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Hering (SPD) den Vorschlag der rheinland-pfälzischen CDU eine Entlastungsstrecke zur Güterverkehrsstrecke im Rheintal abgelehnt. In der Landtagsdebatte am 14. Dezember 2007 hat die Landesregierung ihre grundsätzlich ablehnende Haltung aufgegeben. Das ist erfreulich.

Allerdings hat die SPD-Landesregierung ihre Haltung zur Trasse für eine solche Entlastungsstrecke noch nicht geklärt. Der Staatssekretär im Innenministerium Lewentz (SPD) plädiert für eine völlig neue Strecke entlang der A 61, andere aus der SPD wollen eine rechtsrheinische Entlastungsstrecke. Die CDU Rheinland-Pfalz plädiert für den Ausbau der vorhandenen (!) Eifelstrecke, die zur Zeit überwiegend für den Personenverkehr genutzt wird.

Der Ausbau einer vorhandenen Trasse ist sowohl im Blick auf die Schnelligkeit der Realisierung, die Kosten als auch die ökologische Verträglichkeit der plausiblere Vorschlag. Es wäre gut, wenn sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck bald dazu äußert.

Meinem Kollegen Kelber möchte ich raten, statt kleinlichem Parteiengezänk die Sachfrage in den Blick zu nehmen. Wir brauchen eine Klärung in Rheinland-Pfalz, weil dort der größte Teil einer solchen Entlastungsstrecke für das Rheintal verlaufen müsste. Bei dieser Klärung kann er als SPD-Abgeordneter durch Intervention bei seinem Parteivorsitzenden helfen. Wir sind dann seitens der CDU gegenüber unserer Landesregierung am Zug, wenn es um die Fortführung einer solchen Trasse in NRW geht. Dazu müssen wir aber wissen, was Rheinland-Pfalz vorhat. Wenn jeder seine Hausaufgaben macht und vor der eigenen Tür kehrt, kommen wir schneller voran. Dabei darf man nicht vergessen, daß die diskutierte Entlastungsstrecke das Bahnlärmproblem zwar langfristig entschärfen kann, aber kurzfristig sind die Umrüstung auf Flüsterbremsen und mittelfristig lärmabhängige Trassenpreise ebenso wichtige Ziele."

Eisel dankt Kelber

POLITIK Beethoven und Thierse für den Kollegen

BONN. Mit einem launigen Gruß zum Jahreswechsel hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bei seinem SPD-Kollegen Ulrich Kelber „für die kollegiale Zusammenarbeit für unsere Heimatstadt Bonn“ bedankt. Dies knüpfte an die gute Tradition der parteiübergreifenden Zusammenarbeit bei Bonner Interessen an und habe auch schon „gute Früchte für unsere Heimatstadt“ getragen.

Für die „besinnlichen Tage zwischen den Jahren“ überreichte Eisel Kelber ein kleines Präsent: Das neue SPD-Grundsatzprogramm als Hörbuch. Eisel gab seinem Kollegen dabei mit auf den Weg: „Bitte erliegen Sie nicht der Gefahr wegzudösen, wenn die sonore Stimme von Wolfgang Thierse das Märchen vom Demokratischen Sozialismus vorliest.“

„Zum Ausgleich und zur Entspannung“ fügte Eisel „eine CD mit der Lieblingsmusik von Konrad Adenauer bei, natürlich mit Beethoven an erster Stelle“.

Bei den Bezeichnungen der Sätze seiner 6. Sinfonie wie „Frohe, dankbare Gefühle nach dem Sturm“ habe Beethoven aber nachweislich nicht an die Große Koalition gedacht.

Eisel an Kelber: „Aber dass die CD zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland erschienen ist, mag Sie an die Chancen erinnern, die wir 2008/2009 mit dem 60. Geburtstag unserer Bundesrepublik für Bonn nutzen sollten. In diesem Sinne freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit für Bonn und den Wettstreit um den besten politischen Weg für Deutschland und Europa.“

sas

64.27.12.07

Scharmützel um Entlastungsstrecke

BAHN Eisel gibt Kelber kontra. Hendricks für Lärmabsorber-Versuch

Von **Rolf Kleinfeld**

BONN. Vor der aktiven Bekämpfung des Bahn lärms kommt das politische Scharmützel: Das war so, bevor die Bahn AG mit 100 Millionen Euro doppelt so viel Geld für die Umrüstung ihrer alten Güterwaggons auf die „Flüsterbremse“ erhielt, und das ist auch so beim jüngsten Vorschlag, nämlich dem Bau einer neuen Entlastungsstrecke für den Schienengüterverkehr.

Die Zustimmung für eine alternative Route zu den beiden Rheinstrecken wächst offenbar rapide, und der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber hatte zudem die CDU in Bonn und NRW zum Mitmachen und zum „Schwenk“ in ihrer Position aufgefordert. Die kleine Nickeligkeit versuchte gestern Kelbers CDU-Gegenüber Stephan Eisel ins rechte Licht zu rücken. „Wir waren schon immer für eine solche Entlastungsstrecke für den Güterverkehr“, sagte der MdB und dreht den Spieß rum: „Wir appellieren an Herrn Kelber, dass er die SPD in Rheinland-Pfalz in Bewegung setzt und Ministerpräsident Kurt Beck erklärt, welche mögliche Strecke er favorisiert.“



Die Güterzüge und der Lärm sind ein Dauerbrenner. FOTO: LANNERT

Denn es zeige ein Blick auf die Landkarte, dass diese Frage vor allem in Rheinland-Pfalz entschieden werden müsse. Die dortige CDU, so Eisel, habe als erste Landespartei überhaupt eine solche Alternativroute gefordert, sei aber bei der SPD-Landesregierung bis vor kurzem auf Ablehnung gestoßen.

Nach seiner Darstellung gibt es drei mögliche Routen: Eine Strecke entlang der Autobahn 3, eine weite-

re an der A 61 und die vorhandene „Eifelstrecke“ Köln-Bitburg-Trier-Saarbrücken-Straßburg, die bisher nur für den Personenverkehr genutzt werde. „Diese Eifelstrecke ist die plausibelste“, meint Eisel bereits. Kelber, so sagt er, weigere sich dagegen, eine bestimmte Strecke zu nennen. Statt dessen auf die hiesige CDU einzuschlagen, sei völlig unverständlich.

Verärgert ist auch der CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Lorth, der laut Kelber im linkrheinischen Bonn verspreche, dass alle Güterzüge auf die rechte Rheinseite verlegt werden sollten. Das, so wehrt sich Lorth, habe er nie gefordert. Und er behalte sich rechtliche Schritte gegen Kelber vor, sollte er dies erneut behaupten.

Zu Wort meldet sich auch die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Hendricks und bringt so genannte Lärmabsorber ins Gespräch. Das sind Zusatzdämpfer auf dem Gleis, die Schallreflexionen um zwei bis vier dB(A) vermindern könnten. Sie regt an, in Bonn eine Versuchsstrecke für diese Lärmabsorber einzurichten. Allerdings sind diese in Deutschland noch nicht zugelassen und kosten 230 000 Euro pro Kilometer.

64.28.12.08

Einig gegen den Bahnlärm

VON DIETER BROCKSCHNIEDER, 28.12.07, 07:18h

BONN. Eine große Koalition Bonner Politiker geht gegen den Lärm an den Bahnstrecken vor. Dabei hoffen sie vor allem auf technischen Fortschritt und auf eine Ersatzstrecke für die Güterzüge, die das Rheintal entlasten soll.

„Bahnlärm wirksam bekämpfen“, hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sein „Arbeitsprogramm 2008“ überschrieben. Eisel und sein Landtagskollege Gerhard Lorth setzen auf die Umrüstung der 105 000 Güterwagen der Deutschen Bahn AG, die noch mit Bremsklötzen aus Grauguss-Eisen ausgerüstet sind, auf Flüsterbremsen. Diese so genannten LL-Bremssohlen rauhen die Radlaufflächen nicht auf, quietschen also nicht mehr. Vorteil: Beim Umrüsten müssen die Waggon nicht in die Werkstatt, so dass der Umbau aller Wagen in zwei bis vier Jahren beendet sein könne, glaubt Eisel. Der Bund hat für die Lärmsanierung 100 Millionen Euro bereit gestellt.

Mehr als 500 000 Güterwagen europäischer Bahnen rollen jährlich durch das Transitland Bundesrepublik, vor allem durch das Rheintal. Um auch diese Carrier zum Umrüsten auf leise Fahrzeuge zu bewegen, solle die Deutsche Bahn ihre Trassenpreise nach Lärmbelastung staffeln. Faustregel: Je leiser der Zug, desto billiger die Fahrt.

Als langfristige Lösung nennen sowohl Eisel als auch sein Bonner SPD-Kollege im Bundestag, Ulrich Kelber, den Bau einer Entlastungsstrecke zum Rheintal. Als Alternativen stehen zur Diskussion ein Gleis parallel zur Autobahn 3 oder zur Autobahn 61. Nun fordert die CDU in Rheinland-Pfalz den Ausbau der Güterstrecke durch Eifel über Köln, Bitburg, Trier, Saarbrücken bis Straßburg. „Ein plausibler Vorschlag“, sagt Eisel. Er fordert Kelber auf, die rheinland-pfälzische SPD dazu zu bewegen, dem Vorstoß der Union zuzustimmen. Kelber indes fordert die Bonner CDU auf, sich für dieses Riesenprojekt einzusetzen und es nicht „als Wolkenkuckucksheim zu verunglimpfen“.

Die Landtagsabgeordnete Renate Hendricks (SPD), deren Wahlkreisbüro in der Oskar-Walzel-Straße sich direkt an der linksrheinischen Bahntrasse befindet, regte unterdessen an, in Bonn eine Teststrecke mit Lärmabsorbern einzurichten.

Diese an den Schienen angebrachten „Aufsauger“ vermindern die Reflexion der Schallstrahlen an der Fahrbahnoberfläche; eine Lärminderung um 2 bis 3 Dezibel sei möglich, sagt das Umweltbundesamt.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1195834765739>

✕ SCHLIESSEN

Alle Rechte vorbehalten. © 2007 Kölnische Rundschau

Schärmützel um alternative Strecke geht weiter

BAHN Trotz Einigkeit in der Sache: Streit zwischen Eisel und Kelber hält an. Ideallösung erst in zwei Jahrzehnten?

Von **Rolf Kleinfeld**

BONN. Nächste Runde im Schärmützel der Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) in der Frage des Güterverkehrs der Bahn. Beide unterstützen den Bau einer Alternativstrecke zum hochbelasteten Rheintal, indes stellte Kelber nach jüngsten Äußerungen Eisels fest: „Es ist schon dreist, wenn die CDU jetzt dem politischen Gegner Untätigkeit vorwirft und leugnet, dass es die Bonner CDU war, die bis diese Woche das Projekt einer Entlastungsstrecke abgelehnt hat“, meinte er.

Besonders ärgerlich ist es für ihn, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Lorth mit rechtlichen Schritten drohe. „Wenn wir (die SPD; Anm.d. Red.) weiter darüber berichten, dass er den Güterverkehr einfach nur auf die rechte Rheinseite verdrängen will“. Dies sei „angeichts nachlesbarer Fakten dumm“, so Kelber weiter. Zudem dokumentiere Lorths Internetseite, dass er

die Idee einer Alternativstrecke erst kürzlich noch als „Populismus hoch drei“ abqualifiziert habe.

Dass sich Kelber und Eisel trotz (inzwischen erreichter) Einigkeit in der Sache so beharren, hängt wohl damit zusammen, dass die jeweiligen Landesregierungen in Mainz (SPD) und Düsseldorf (CDU/FDP) ihre Positionen noch nicht erklärt haben. Darauf weist Eisel mit Blick nach Mainz hin, wo der dortige Innen-Staatssekretär für eine völlig neue Güterverkehrsstrecke entlang der A 61 plädierte, andere in der

SPD eine rechtsrheinische Variante wollen. Die CDU in Rheinland-Pfalz plädierte dagegen für den Ausbau der „Eifelstrecke“, die vorhanden sei, zur Zeit aber vorwiegend für den Personenverkehr genutzt werde.

„Der Ausbau einer vorhandenen Trasse ist sowohl im Blick auf Schnelligkeit der Realisierung, die Kosten als auch die ökologische Verträglichkeit der plausiblere Vorschlag“, stellt Eisel fest, nicht ohne Kelber darauf hinzuweisen, statt „kleinlichem Parteiengedank“ die

Sachfragen zu lösen. „Wir brauchen eine Klärung in Rheinland-Pfalz, weil dort der größte Teil einer solchen Entlastungsstrecke für das Rheinland verlaufen müsste.“ Dabei könne Kelber durch Intervention bei seinem Parteivorsitzenden Kurt Beck helfen.

Für Kelber gehört aber auch dazu, „nicht nur die Mainzer, sondern auch die NRW-Landesregierung aufzufordern, mit der Bahn Verhandlungen über den Bau einer solchen Entlastungsstrecke aufzunehmen“, erklärte er. „Schließlich

kann die Trasse ja nicht an der Landesgrenze aufhören.“ Eisel sagte dagegen, die CDU sei erst dann „am Zuge“, wenn es um die Fortführung einer solchen Trasse in NRW gehe: „Dazu müssen wir aber wissen, was Rheinland-Pfalz vor hat.“

Wasser in den Wein schüttet der Bonner Grüne Rolf Beu, der als Verkehrsexperte in vielen Gremien sitzt. Mit einer zusätzlichen und reinen Gütertrasse könne zwar einer der ärgsten Engpässe in Mitteleuropa beseitigt werden und auch Bonn profitieren, weshalb das Vorhaben zu begrüßen sei.

Aber selbst bei einer schnellen politischen Beschlussfassung auf der Ebene des Bundes und der Bundesländer würden seiner Ansicht nach die Bauplanung, Finanzierung, Planfeststellung und der eigentliche Bau „vorsichtig geschätzt mindestens 15 bis 20 Jahre erfordern“, erklärte er und meinte: „Es wäre höchst unfair, die Bürger auf eine Ideallösung zu vertrusten, die erst in zwei Jahrzehnten Realität sein könnte.“



Güterverkehr am Rhein – wie hier in Bad Breisig – ist für die Anwohner oft mit Lärm verbunden.

FOTO: VÖLLPATR

GA, 31.12.07

Kelber contra Eisel: Bonner Silvesterzoff

Von MARION STEEGER

Bonn – Zwei Bonner in Berlin: Kleinere Sticheleien waren bislang zwischen Uli Kelber (SPD) und Dr. Stephan Eisel (CDU) nichts Besonderes. Schließlich wollten die beiden Bundestagsabgeordneten ihren Wählern zeigen, wer der Bessere im Reichstag ist. Für kurze Zeit war sogar mal Weihnachtsfrieden angesagt. Doch jetzt gibt's einen heftigen Silvesterzoff.

Der Bahn-Lärm ist es, der die Gemüter erhitzt. Uli Kelber jubelte über Pläne in Rheinland-Pfalz, eine Entlastung

strecke fürs geplagte Rheintal zu bauen. Und forderte die Bonner CDU auf, das Projekt zu unterstützen. Böse Klatsche: „Bisher hat die CDU immer versucht, das als Wolkenkuckuckshelm zu verunglimpfen.“ Besonders der Bonner CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Lorth bekam einen mit: Der wolle alle Güterzüge auf die rechte Rheinselte verlegen. Kein netter Zug gegenüber den dortigen Bürgern, stellte Kelber fest.

Die Retourkutsche kam prompt. Eisel machte klar, dass die CDU schon immer für eine solche Entlastungsstrecke plädiert habe. Und der SPD-Mann Kelber mal besser seinen Genossen Kurt Beck als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf Trab bringen sollte.

Fehlt in dem zänkischen Reigen noch Gerhard Lorth. Der drohte Uli Kelber mit rechtlichen Schritten, wenn der noch mal behauptete, Lorth wolle den kompletten Güterverkehr auf die schäli Säck verbannen.

Kein Thema, das der SPD-Boss mit Lorth-Zitaten konterte, die den wä-

tenden CDU-Mann widerlegen.

Dabei war es kurz vor Weihnachten noch so besinnlich: Nur 340 Soldaten werden von der Hardthöhe nach Berlin verlagert, verkündeten die Bonner Politiker quasi Hand in Hand. Während Eisel von mehr als 1000 Bundeswehrmitarbeitern wusste, die der damalige Verteidigungsminister Peter Struck noch vor vier Jahren nach Berlin holen wollte, sprach Kelber von knapp 1000. Eine frohe Botschaft mit Tücken: Struck hatte nämlich nur mit 500 Soldaten geplant.

Aber was soll's... Jetzt ist es es ohnehin vorbei mit der trauten Zweisamkeit von Uli Kelber und Stephan Eisel.



Dr. Stephan Eisel, Bonner CDU-MdB



Uli Kelber, Bonner SPD-MdB



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 01/08

2. Januar 2008

Eisel Mitglied im CAESAR-Stiftungsrat

Der Bundestag hat den Bonner Abgeordneten Stephan Eisel in den Stiftungsrat der Forschungseinrichtung CAESAR gewählt. Er folgt dort dem Abgeordneten Uwe Schummer nach, der zu Eisels Gunsten ausgeschieden ist. Der Bundestag entsendet nur einen Vertreter in den Stiftungsrat, dem führende Wissenschaftler sowie für den Landtag Nordrhein-Westfalen Helmut Stahl und die Stadt Bonn Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann angehören.

Eisel sagte dazu: „Mich freut diese Wahl sehr, denn CAESAR ist ein Leuchtturm der Wissenschaftsstadt Bonn und genießt weltweite Anerkennung. Als Mitarbeiter von Helmut Kohl habe ich unmittelbar miterlebt, wie er diese außergewöhnliche Forschungseinrichtung auf den Weg gebracht und sie nach Bonn geholt hat. Später konnte ich sogar den Namen beisteuern: Wir saßen damals in einer Runde bei OB Hans Daniels: Das Forschungsministerium hatte den Namen „Center for Advanced European Studies“ CAES vorgeschlagen; mir fiel auf, dass mit dem Zusatz „and Reserach“ die eingängige Abkürzung CAESAR zustande käme. Hans Daniels hat das dann in die Verhandlungen eingebracht.“

CAESAR war mit einer Summe von damals 600 Mio DM das größte Einzelprojekt des Bonn-Ausgleichs. In dem Forschungsinstitut arbeiten Wissenschaftlerteams mit klar umrissenem Arbeitsauftrag in den Bereichen Nanotechnologie, Materialwissenschaften, Biotechnologie und Medizintechnik. Ihre Projekte müssen wissenschaftlich relevant und gleichzeitig marktorientiert, also verwertbar sein. CAESAR ist eine gemeinnützige Stiftung. Dies ermöglicht eine weltweit wohl einzigartige Kombination: Forschung und Entwicklung aus Erträgen, die das Stiftungskapital von 300 Mio € abwirft; hinzu kommen Drittmittel und Erlöse aus Kooperationen mit der Industrie.

Eisel nimmt bereits an der nächsten Sitzung des Stiftungsrates am 11. Januar teil.

Gemeinsamer Kampf dem Bahnlärm

Bonn (mt). - Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und sein Landtagskollege Gerhard Lorth haben kürzlich ein „Arbeitsprogramm 2008: Bahnlärm wirksam bekämpfen“ vorgelegt.

Die Abgeordneten sagten dazu: „Für uns hat die wirksame Bekämpfung des Bahnlärms hohe Priorität, denn in Bonn sind wegen der mitten durch Wohngebiete führenden Bahntrassen besonders viele Menschen betroffen.“

Das Arbeitsprogramm umfasst unter anderem die Forderung, verstärkt lärmreduzierte Güterwagen auf der „Rheinschiene“ einzusetzen.

Langfristig sollen alternative Strecken zur Entlastung des Rheintals gefunden werden.

Eisel im Stiftungsrat

CAESAR Bundestag stellt einen Vertreter

BONN. Der Bundestag hat Stephan Eisel (CDU) in den Stiftungsrat der Forschungseinrichtung Caesar gewählt. Der Bonner Bundestagsabgeordnete übernimmt das Amt von seinem Kollegen Uwe Schummer. Wie Eisels Wahlkreisbüro mitteilt, entsendet der Bundestag nur einen Vertreter in den Stiftungsrat, dem neben führenden Wissenschaftlern Helmut Stahl für das Land Nordrhein-Westfalen und Bärbel Dieckmann für die Stadt Bonn angehören. Als gemeinnützige Stiftung ermöglicht Caesar marktorientierte Forschung in den Bereichen Materialwissenschaften, Medizintechnik, Nano- und Biotechnologie. Das Stiftungskapital beträgt 300 Millionen Euro.

CDU-Eisel bei CAESAR

Bonn - Der Bundestag hat den Bonner CDU-Abgeordneten Dr. Stephan Eisel in den Stiftungsrat der Forschungseinrichtung CAESAR gewählt. Er folgt dem Abgeordneten Uwe Schummer, der zu Eisels Gunsten ausschied. Neben Eisel sind unter anderem OB Bärbel Dieckmann für die Stadt und Helmut Stahl (CDU) für den Landtag dabei.

6 Branche

Informationsbesuch bei der Specht GmbH und bei Jolly Motor GmbH

Dr. Stephan Eisel besucht Bonner Sonnenschutztechniker

Beeindruckt von den Möglichkeiten, mit Rollläden und Sonnenschutzprodukten in jedem Haushalt Energie und Heizkosten zu sparen, zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel (CDU) am Freitag bei einem Besuch des Rollläden- und Sonnenschutz-Fachbetriebs Specht GmbH sowie der Jolly Motor GmbH Deutschland, beide ansässig in der Christian-Lassen-Strasse in Bonn.

Nach einem gemeinsamen Rundgang mit dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Rollläden + Sonnenschutz e.V., Christoph Silber-Bonz, und den Geschäftsführern der Firmen Specht, Hans-Georg von Goscinski, sowie Jolly, Carsten Specht und Gerhard Wittek, äußerte Dr. Eisel



Energiesparpotenzial vom Fachmann: Specht-Geschäftsführer Hans-Georg von Goscinski (rechts) berät MdB Dr. Stephan Eisel (links).

die Überzeugung, dass die Rollläden- und Sonnenschutz-Branche hineingewachsen ist in die ökonomisch wie ökologisch gleichermaßen gesamtgesellschaftliche Aufgabe,

wirkungsvoll zum Energiesparen beizutragen. Für den sommerlichen wie den winterlichen Wärmeschutz seien im Zusammenspiel von Produzenten und Fachbetrieben überzeugende Konzepte entwickelt worden. Das werde unter anderem daran deutlich, dass mit geschlossenen Rollläden bis zu 40 Prozent Energie eingespart werden kann.

Die Firma Specht, mit 10 Mitarbeitern ein für die Rollläden- und Sonnenschutzbranche typischer mittelständischer Fachbetrieb, beeindruckte als Allrounder auf den Aktionsfeldern des Rollläden- und Sonnenschutztechniker-Handwerks. Geschäftsführer Hans-Georg von Goscinski informierte den Gast umfassend über das aktuelle Angebot und die ausgereiften technischen Fähigkeiten beim Energiesparen, im sommerlichen und winterlichen Wärmeschutz, im Einbruchschutz sowie im Sicht- und Blendschutz.

Jolly-Geschäftsführer Gerhard Wittek verwies darauf, dass es in Deutschland noch deutlichen Nachholbedarf bezüglich der Ausstattung von Rollläden und weiteren Sonnenschutzeinrichtungen mit Motorantrieb und Steuerung gebe. Es müsse heute

vor allem darum gehen, die hochwertigen Anlagen intelligent zu steuern. Auch bei Abwesenheit des Nutzers fahren die Rollläden bei Einbruch der Dunkelheit herunter, simulieren Anwesenheit und sperren potentielle Einbrecher aus. Dieser Gewinn an Sicherheit geht einher mit dem so gleichzeitig aktivierten Wärmeschutz, denn Rollläden verhindern ein Entweichen der Raumwärme.

Auf die Ausbildungsleistung des Rollläden- und Sonnenschutztechniker-Handwerks verwies der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Rollläden + Sonnenschutz, Christoph Silber-Bonz. In den letzten Jahren habe man kontinuierlich steigende Lehrlingszahlen zu verzeichnen und bilde derzeit deutschlandweit in 348 Betrieben 480 junge Menschen in dem neugestalteten Berufsbild des Rollläden- und Sonnenschutzmechanikers aus.

„Ohne Zweifel, die Rollläden- und Sonnenschutz-Branche ist gerüstet für die Zukunft und kann durch seine Produkte und Dienstleistungen zu einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Umso mehr freut es mich, dass nicht nur renommierte Fachbetriebe wie Specht und Jolly, sondern auch die Spitzenorganisation der Branche, der Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz, ihren Sitz hier in Bonn haben“, so das Resümee von Dr. Eisel über seinen Besuch.

25-jähriges Jubiläum

Feierstunde bei Alukon



Reinhard Trier kann am 01.12.2007 auf eine 25-jährige Betriebszugehörigkeit als Vertriebsleiter bei der ALUKON GmbH & Co. KG zurückblicken. Nach seiner Ausbildung zum Großhandelskaufmann war er 19 Jahre im Bauzuliefererbereich und Objektgeschäft tätig, bevor er 1982 seine Arbeit bei Alukon begann.

Reinhard Trier hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich Alukon im Laufe der Zeit zu einem der international

führenden Systemhersteller von Aluminiumrollläden- und Rollläden entwickelt hat. Aus bescheidenen Anfängen wurde unter seinem Einfluss ein funktionsfähiges nationales und internationales Vertriebsnetz aufgebaut, das insbesondere in den letzten Jahren entscheidend verstärkt wurde. Aufgrund seiner profunden Fachkenntnisse und Vertriebskontakte ist Reinhard Trier einer der international bekanntesten und gefragten Gesprächspartner in der Rolllädenbranche.

Die Geschäftsleitung, alle Mitarbeiter und Kollegen gratulierten ihm zu diesem Jubiläum mit den besten Wünschen für die Zukunft. Im Rahmen einer Feierstunde wurden die Verdienste von Reinhard Trier für die Firma entsprechend gewürdigt.

Int

A

Sei die die Info: Pric lic ma Alt

Da

ell im Dr Se si sc ni Pr de er Al B

re st ki di m h si e

31

Minister Jung traf Namensvetter

Postkarte nach Röttgen fehlgeleitet - Besichtigung der WCCB-Baustelle

von WULF-PETER SCHROEDER

BONN. Bevor gestern Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung zusammen mit Bonns CDU-Bundestagsabgeordnetem Stephan Eisel die Baustelle des World Conference Centers Bonn (WCCB) in Augenschein nahm, gab es Wichtigeres zu tun: Der Minister begrüßte zunächst einen Bonner Namensvetter, den Vorsitzenden der musikalischen Musketiere Bonn, Franz-Josef Jung aus Röttgen. Der Grund: Der Röttgener hat eine ursprünglich für den Minister bestimmte Grußpostkarte zugestellt bekommen, die er nun anlässlich des Bonner Besuchs dem echten Adressaten überreichte - zusammen mit einem Flaschen-Sekt; ein nettes Schmankehl am Rande der Politik.

Der Bundesverteidigungsminister ließ sich anschließend von dem Vizepräsidenten der SMH Hyundai Management GmbH, Matthias Schulze, und Martin Sonntag, einem der

drei Baustellenleiter des Investors, über die bereits recht eindrucksvolle Baustelle zwischen Görres- und Dahlmannstraße führen. Sein Interesse galt dabei nicht nur einem der größten Konferenzzentren Deutschlands, das ab Ende 2009 mehr als 5000 Teilnehmern Platz bieten wird. Jung, dessen Ministerium immer noch seinen ersten Dienstsitz in Bonn hat, wollte auch wissen, welche Möglichkeiten das Zentrum seinem Hause bieten wird: So wird hier auch die jährliche Kommandeurs-Tagung mit mehr als 3000 Teilnehmern stattfinden können.

Zurzeit sind sowohl der Tagungsbereich als auch das künftig 17-stöckige Hotel der Kategorie Fünf-Sterne-Plus drei Stockwerke hoch aus dem Kellerbereich emporgewachsen; 35 000 Kubikmeter Beton wurden bereits verbaut. Schon gut zu erkennen ist das mit einer Glaskuppel überdeckte Foyer, von dem aus später unter der Görresstraße hindurch das Foyer des ehemaligen Ple-



Auf der Baustelle: (v.r.) Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, sein Bonner Namensvetter und CDU-Mann Stephan Eisel. (Foto: Homey)

narsaals zugänglich sein wird. 2007 translozierte antike römische Thermenanlage, die später einmal in die Wollness-Haus noch ein Haus im Zentrum der Baustelle steht. Es schützt die im März anlage des Hotels integriert den soll. Mit der Restaurierung der Badeanlage aus der römischen Handwerker-Siedlung („vicus“) soll noch in diesem Jahr begonnen werden.

27 Rundschau, 08.01.08

Bundesverteidigungsminister in Bonn

In Bonn haben Verteidigungsminister Franz Josef Jung und der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete, Stephan Eisel die Baustelle des World Conference Centers Bonn besichtigt. Das Zentrum wird nach Fertigstellung gegen Ende nächsten Jahres den ehemaligen Plenarsaal des Bundestages, das alte Wasserwerk und den Neubau umfassen. Hier sollen dann Veranstaltungen mit bis zu 5000 Gästen möglich sein. Eisel hofft auch auf Tagungen der Bundeswehr in Bonn. Auf dem Baugelände entsteht neben dem Tagungsgebäude ein 17-stöckiges 4-Sterne-Hotel. Die Baukosten betragen rund 140 Millionen Euro.

WDR - Lokalzeit Bonn
07.01.08

Kommandeurstagungen im Kongresszentrum?

STRUKTURWANDEL Verteidigungsminister Jung besichtigt die Baustelle. Eisel lädt weitere Ressortchefs ein



Gruppenbild vor sich drehenden Kränen: (von links) Bauleiter Armin Sonntag und der Vizepräsident des Investors SMI Hyundai, Matthias Schulze, informieren Franz Josef Jung und Stephan Eisel. FOTO: FROMMANN

07.01.08

BONN. „Sehr beeindruckt“ zeigte sich Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung gestern vom World Conference Center Bonn (WCC Bonn). Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hatte seinen Parteifreund eingeladen, sich auf der Baustelle über das Projekt zu informieren. Er habe diesen Termin gerne wahrgenommen, zumal sein Ressort seinen ersten Dienstsitz in Bonn habe, sagte der Minister und erinnerte daran, dass auf der Hardthöhe rund 3 000 Mitarbeiter seines Hauses beschäftigt seien. Für Personalversammlungen, aber auch für Kommandeurstagungen biete sich das WCC Bonn hervorragend an, sagte Jung.

Eisel hat übrigens alle CDU-Bundesminister nach Bonn eingeladen;

sie sollten sich darüber zu informieren, was in dieser Stadt geschieht und wie sich der Strukturwandel entwickelt.

Zu den weiteren Gästen gehörte auch ein weiterer Franz Josef Jung – aus Bonn. Dem hatte die Post eine Karte in den Briefkasten gesteckt, die ein Bekannter an „Herrn Minister der Verteidigung, Franz Josef Jung, Bonn“ adressiert hatte. Aufgrund der „unkorrekten Adresse“ recherchierte die Post und schickte die Karte an den Namensvetter des Ministers. Dieser antwortete sich köstlich darüber und schenkte dem „Bonner Jung“ einen Adenauer-Bildband. Jener Jung, der sich in Dransdorf in der Jugendarbeit engagiert, hatte die Episode Eisel mitgeteilt, der das Treffen mit „Jung I“ arrangierte.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 02/08

9. Januar 2008

Deutliche Kritik am VRS

Mit Unverständnis hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel darauf reagiert, dass der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) seine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeskunsthalle für die Inhaber der sog. Artcard gekündigt hat: „Ich finde es sehr ärgerlich, wie sich der Verkehrsverbund hier verhalten hat und habe die Geschäftsleitung aufgefordert, diese Entscheidung zu korrigieren. Immerhin sind über 12.000 Bürger betroffen, die durch den Erwerb der Artcard der Bundeskunsthalle quasi als Stammkunden in besondere Weise verbunden sind.“

Die Bundeskunsthalle hat die Artcard bisher für 75.- € pro Jahr angeboten. Sie berechnete den Inhaber und eine Begleitperson zum kostenlosen Museumsbesuch. Dementsprechend galt die Karte auch als VRS-Fahrschein für Hin- und Rückfahrt zwischen Wohnort und Museum für zwei Personen pro Museumsbesuch. Dafür zahlte die Bundeskunsthalle bisher 10,50 € pro Artcard an den VRS, jährlich also ca. 130.000 €. Diese Einnahmen entgehen dem VRS, wenn es bei der Kündigung der Kooperation bliebe.

Eisel sagte dazu: „Nachvollziehbar wäre, wenn der VRS seine Tarifierhöhung von durchschnittlich 4,5 Prozent zum Jahresbeginn 2008 auch an die Bundeskunsthalle weitergegeben hätte. Es ist aber ein starkes Stück, dass der VRS eine Preisanhebung von zuerst fast 300 % und dann von fast 200 % verlangt hat (10,50 € pro Artcard auf 30 bzw. 20 €) - übrigens bei zusätzlicher Beschränkung des Gültigkeitsgebietes. Das Angebot der Bundeskunsthalle bei weiterer Zahlung von 10,50 € pro Artcard die Leistungen einzuschränken (eine statt zwei Fahrten pro Museumsbesuch und Beschränkung des Einzugsgebietes) wurde unverständlicherweise abgelehnt. Die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland ist einer der international anerkannten Leuchttürme in Bonn. Es müsste eigentlich im Interesse des VRS sein, hier ein besonderes Zeichen der Kooperation zu setzen.“

Artcard: Stephan Eisel attackiert den Verkehrsverbund

Mit Unverständnis hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel darauf reagiert, dass der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) seine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeskunsthalle für die Inhaber der sogenannten Artcard gekündigt hat: „Ich finde es sehr ärgerlich, wie sich der Verkehrsverbund hier verhalten hat und habe die Geschäftsleitung aufgefordert, diese Entscheidung zu korrigieren. Immerhin sind über 12 000 Bürger betroffen, die durch den Erwerb der Artcard der Bundeskunsthalle quasi als Stammkunden in besonderer Weise verbunden sind.“

Die Bundeskunsthalle hat, wie berichtete, die Artcard bisher für 75 Euro pro Jahr angeboten. Sie berechnete den Inhaber und eine Begleitperson zum kostenlosen Museumsbesuch. Dementsprechend galt die Karte auch als VRS-Fahrschein für Hin- und Rückfahrt zwischen Wohnort und Museum für zwei Personen pro Museumsbesuch. Dafür zahlte die Bundeskunsthalle bisher 10,50 Euro pro Artcard an den VRS, jährlich also zirka 130 000

Euro. Diese Einnahmen entgehen dem VRS, wenn es bei der Kündigung der Kooperation bliebe.

Eisel sagte dazu: „Nachvollziehbar wäre, wenn der VRS seine Tarifierhöhung von durchschnittlich 4,5 Prozent zum Jahresbeginn 2008 auch an die Bundeskunsthalle weitergegeben hätte. Es ist aber ein starkes Stück, dass der VRS eine Preisanhebung von zuerst fast 300 Prozent und dann von fast 200 Prozent verlangt hat (10,50 Euro pro Artcard auf 30 bzw. 20 Euro) - übrigens bei zusätzlicher Beschränkung des Gültigkeitsgebietes. Das Angebot der Bundeskunsthalle, bei weiterer Zahlung von 10,50 Euro pro Artcard die Leistungen einzuschränken (eine statt zwei Fahrten pro Museumsbesuch und Beschränkung des Einzugsgebietes), wurde unverständlicherweise abgelehnt. Die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland ist einer der international anerkannten Leuchttürme in Bonn. Es müsste eigentlich im Interesse des VRS sein, hier ein besonderes Zeichen der Kooperation zu setzen.“

GA, 10.01.08

Art Card jetzt ohne VRS-Ticket

BONN. Für die 11 500 Inhaber der „Art Card“ der Bundeskunsthalle in Bonn hat sich das Angebot verschlechtert. Die Bundeskunsthalle hat den Vertrag mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) gekündigt. Bisher konnten die Inhaber der Art Card (2007: 81 Euro für ein Jahr) neben freiem Eintritt zu den Ausstellungen (mit Begleitperson) auch freie Fahrt im VRS-Netz (für zwei Personen) für An- und Abreise zu den Ausstellungen nutzen. Dafür entrichtete die Bundeskunsthalle 10,50 Euro pro Art Card an den VRS. Zum Jahresbeginn hat der VRS diesen Beitrag nahezu verdoppelt (20 Euro) und darüber hinaus den Geltungsbereich gekappt (nur noch Stadtgebiet Bonn). Diese happige Preiserhöhung akzeptierte die Bundeskunsthalle nicht mehr und stieg aus Kleines Zuckerl für die Art Card-Inhaber. Dafür wurde jetzt der Preis der Karte auf 75 Euro gesenkt.

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel kritisiert den VRS: „Ich finde es ärgerlich, wie sich der Verkehrsverbund verhalten hat und habe die Geschäftsleitung aufgefordert, diese Entscheidung zu korrigieren. Immerhin sind fast 12 000 Bürger davon betroffen.“ (al)

Bundeskanzler, 10.01.08

Stellen bleiben in Bonn

BONN. Die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) sind gestern Befürchtungen der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bonn/Rhein-Sieg entgegengetreten, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) werde von Mehlem nach Weimar verlagert (Rundschau von gestern). In Bonn wären 400 der insgesamt 1200 Mitarbeiter des BBR von dem Umzug betroffen gewesen.

Kelber sagte, Bauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) habe entsprechende Forderungen einzelner Abgeordneter abgelehnt. Vorgesehen sei, dass der wissenschaftliche Bereich des BBR mit 150 bis 200 Stellen in das neue Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung überführt, die anderen Stellen in die neue Bundesanstalt für Bauaufgaben integriert werden. Damit blieben alle Stellen in Bonn erhalten.

Stephan Eisel („der Vorstoß einiger Abgeordneter ist ärgerlich, aber nicht überraschend“) ergänzte, es solle geprüft werden, ob es nicht sinnvoller sei, auch das neue Forschungsinstitut dort anzusiedeln, „wo jetzt schon ein Kompetenzschwerpunkt im Baubereich liegt, nämlich in Bonn.“ (dbr)

Rundschau, 16.08.08

„Umzug ist vom Tisch“

BONN/BERLIN Minister weist Forderung von Abgeordneten zurück

GA 16.08.08

BONN/BERLIN. Für Irritationen hat gestern das Schreiben einer CDU/CSU-Arbeitsgruppe an Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee gesorgt, in dem die Forderung nach einem Umzug des in Bonn ansässigen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung nach Berlin und Weimar erhoben wird. Dieser Vorschlag habe aber „keine Aussicht auf Erfolg“, sagte CDU-MdB Stephan Eisel. So habe der Arbeitsgruppen-Vorsitzende Dirk Fischer ihm gegenüber versichert, er sei dafür, den Standort der Bauverwaltung in Bonn mit den Arbeitsplätzen zu erhalten. SPD-MdB Ulrich Kelber sagte, der Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesanstalt für Bauwesen und eines Bundesamtes für Bau-, Stadt- und Raumforschung sehe für beide Behörden Dienstsitze in Berlin und Bonn vor – wie von Tiefensee vorgeschlagen. Kelber: „Der wissenschaftliche Bereich des heutigen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung mit knapp 200 Stellen wird in das neue Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung überführt; die anderen Stellen werden in die neue Bundesanstalt integriert. Damit bleiben alle Stellen in Bonn erhalten“ ly



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 03/08

17. Januar 2008

Eisel dankt MISEREOR

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat darauf hingewiesen, dass das Katholische Hilfswerk MISEREOR Ende Januar seinen 50. Geburtstag in Bonn begeht. Da MISEREOR seinen Sitz in Aachen hat, sei dies keineswegs selbstverständlich. Eisel dankte dem Hauptgeschäftsführer von MISEREOR, Professor Josef Sayer, dafür, „dass Sie Bonn als Ort für den wichtigen Jubiläumskongress ausgewählt haben. Darauf können wir Bonner stolz sein.“ Die Entscheidung von MISEREOR belege erneut die große nationale Anziehungskraft des Nord-Süd-Zentrums Bonn.

1958 hatte der Kölner Kardinal Joseph Frings zur ersten „Fastenaktion MISEREOR“ aufgerufen. MISEREOR lädt anlässlich des 50-Jahres-Jubiläums für den 29. Januar 2008 zu einem entwicklungspolitischen Fachkongress in das Bonner Haus der Geschichte ein. Daran nehmen unter anderem Bundesministerin Wieczorek-Zeul, Bundesminister a.D. Klaus Töpfer und mehrere Bischöfe teil. In der Kongresseinladung heißt es, dass MISEREOR viel erreicht habe: „Dennoch sind Ungerechtigkeit, Hunger und Elend weiter bittere Realität für viele Menschen... 50 Jahre MISEREOR sind deswegen kein Anlass zum Feiern. Vielmehr wollen wir die Gelegenheit nutzen, um innezuhalten und über unsere Arbeit nachzudenken.“

Eisel ist im Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für Entwicklungspolitik und rief die Bonner auf, die MISEREOR-Sammlung „gerade im Jubiläumsjahr“ zu unterstützen.

NEU IM AMT

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Hauptabteilung „Politische Bildung“ mit Sitz im Schloss Buchholz bei Bonn neu

besetzt. Als Nachfolgerin von **Stefan Eisel**, der in den Bundestag gewechselt ist, hat **Melanie Piepenschneider** die Lei-

tung der Hauptabteilung „Politische Bildung“ übernommen. Zu ihrem Stellvertreter wurde **Ludger Gruber** bestellt.

Rundschau, 18.01.08

Eisel stellt sich Fragen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) stellt sich am 21. Januar den bohrenden Fragen der Bürger seines Wahlkreises. Ort: Markt 10-12, Im 5. Stock, von 16 bis 18 Uhr.

Express, 18.01.08

Wowereit zickt gegen Bonn

Bonn/Berlin – Wurde ja auch Zeit, dass aus der Hauptstadt Berlin mal wieder die Forderung nach dem Komplettumzug kommt. Diesmal ist es der SPD-Politiker und Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der mosert: „Es ist ein Anachronismus, dass heute noch mehr Bundesbedienstete in Bonn sitzen als in Berlin.“ Sein „Gruß“ an die Bonner: Diejenigen, die vom „widernatürlichen Zustand“ der deutschen Teilung profitiert hätten, müssten auch abgeben können, wenn wieder Normalität einziehe.

Express, 18.01.08

Wowereit für Totalumzug

BONN/BERLIN Erneute Forderung des Berliner Bürgermeisters

BERLIN/BONN. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat sich erneut für einen kompletten Umzug der Bundesregierung in die Hauptstadt ausgesprochen. „Es ist ein Anachronismus, dass heute noch mehr Bundesbedienstete in Bonn sitzen als in Berlin“, sagte Wowereit gestern bei einer Tagung in Berlin. Diejenigen, die vom „widernatürlichen Zustand“ der deutschen Teilung profitiert hätten, müssten auch abgeben können, wenn wieder Normalität einziehe. Berlin ist seit 1999 Sitz der Bundesregierung, sechs Ministerien haben jedoch weiterhin ihren ersten Dienstsitz in Bonn. Diese Regelung basiert auf dem Bonn/Berlin-Gesetz, in dem eine „faire Arbeitsteilung“ zwischen den beiden Städten festgeschrieben ist.

dpa/ly

Politiker kritisieren Wowereit

ERSTELLT 19.01.08, 07:18h

BONN / BERLIN. Kritik von den Bonner Bundestagsabgeordneten, aber auch seitens der NRW-Landesregierung hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) für seine erneute Forderung eines Komplettumzugs der Regierung von Bonn nach Berlin geerntet. „Es ist ein Anachronismus, dass heute noch mehr Bundesbedienstete in Bonn sitzen als in Berlin“, hatte Wowereit bei einer Tagung in Berlin gesagt. Diejenigen, die vom „widernatürlichen Zustand“ der deutschen Teilung profitiert hätten, müssten auch abgeben können, wenn wieder Normalität einziehe.

Die NRW-Landesregierung wies den Vorstoß zurück. „Herr Wowereit möchte sich sicherlich darauf verlassen können, dass der neue Hauptstadtvertrag, der Berlin viel Geld bringt, gilt und von allen respektiert wird. Nichts anderes gilt für das Bonn-Berlin-Gesetz“, so Bundesratsminister Andreas Krautscheid (CDU).

Kelbers CDU-Kollege Stephan Eisel bezeichnete Wowereits Äußerung als „äußerst langweiliges Ritual“, das selbst der Berliner Presse nur eine knappe Notiz wert sei. (dpa / kri)

Klaus Wowereit Rundschau

GA, 18.01.08



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 4/08

22. Januar 2008

Grundgesetz kommt nach Bonn

Sehr zufrieden ist der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit den Entwicklungen zur Einbeziehung Bonns in die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland: „Ich habe sehr viele Gespräche mit Vertretern der verschiedenen Verfassungsorgane geführt und den Stein ins Rollen gebracht. Dabei stoße ich mit meinen Vorschlägen in Berlin auf sehr offene Ohren. Es zeichnet sich jetzt konkret ab, dass Bonn einen würdigen Platz im Rahmen des Jubiläums findet.“

Besonders freut sich Eisel darüber, dass der Bundestagspräsident zugestimmt hat, zum Geburtstag des Grundgesetzes das Original der Verfassung in Bonn auszustellen. Außerdem hat Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert dem Bonner Abgeordneten mitgeteilt, er habe die Bundestagsverwaltung „angewiesen“, seine Anregungen für besondere Veranstaltungen aufzunehmen.“ Schon den 60. Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September wird der Bundestag mit einer besonderen Veranstaltung in Bonn würdigen. Auch das Jubiläum der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 soll im nächsten Jahr in Bonn gefeiert werden, voraussichtlich werden dazu auch alle früheren Abgeordneten des Parlaments eingeladen.

Eisel ist auch im intensiven Kontakt mit dem Leiter des für die Vorbereitungen des Jubiläums zuständigen Arbeitsstabes der Bundesregierung. Ihm hat Eisel vorgeschlagen, dass zum Beispiel das Bundeskabinett im Jubiläumsjahr einmal wieder in Bonn tagen könnte. „Ich bin zuversichtlich, dass sich das realisieren lässt. All diese Aktivitäten sind nicht nur richtig im Blick auf die wichtige Rolle, die Bonn für die Geschichte der Bundesrepublik gespielt hat und spielt, sondern auch, weil sich bei diesem Jubiläum mit nationaler Medienwirkung große Chancen ergeben, für Bonn zu werben.“

Excess
23.01.08

Driss es...

...das alberne Gezanke, das der Bonner Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel fast tagtäglich mit MdB Uli Kelber anzettelt. Das hat nichts mehr mit Politik zu tun. So streitet ein Kleinkind im Sandkasten ums Schüppchen.

EXPRESS-Rotaktuelle
Marion Steeger



PHOTOGRAPHEN BEI DEN KANZLERIN

Zum ersten Mal seit dem Regierungsumzug nach Berlin nimmt ein Bonner Prinzenpaar an einem Karnevalsempfang im Bundeskanzleramt teil. Am kommenden Dienstag, 29. Januar, 13.11 Uhr, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zum jecken Defilee in die Regie-

Excess, 25.01.08
FIB006V7

Bonner Prinzenpaar trifft Angie

Das hat es seit dem Regierungsumzug nicht mehr gegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird zum Karnevalsempfang nach Berlin ein. Ebenfalls auf der Gästeliste: unser Bonner Prinzenpaar Holger I. (Wilcke) und Alexandra II. (Pfeiffer).



Prinz Holger I. und Prinzessin Alexandra II. sind bei Angela Merkel eingeladen.

„Am 29. Januar ist es dann so weit. Die Kanzlerin empfängt aus jedem Bundesland Prinzenpaare im Kanzleramt“, berichtet MdB Dr. Stephan Eisel dem EXPRESS. „In Angriff genommen wurde diese Angelegenheit von BDK-Präsident Volker Wagner, der in Berlin angeregt hatte, dass diese

Excess, 25.01.08

Grundgesetz in Bonn

JUBILÄUM Bundesrepublik wird 60 Jahre

BONN. Bonn wird in die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik 2009 einbezogen. Das teilten gestern die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) mit. So soll der 60. Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September mit einer besonderen Veranstaltung in Bonn gewürdigt werden. Auch das Jubiläum der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 soll in der ehemaligen Bun-

deshauptstadt gefeiert werden; voraussichtlich auch mit allen früheren Bundestagsabgeordneten. Das Bundestagspräsidium hat den Vorschlägen bereits zugestimmt. Eisel, der die Initiative zu den Feiern in Bonn ergriffen hatte, teilte mit, Bundestagspräsident Norbert Lammert habe ihm zugesagt, zum Geburtstag des Grundgesetzes das Original der Verfassung in Bonn auszustellen. Der CDU-Politiker schlug zudem für das Jubiläumsjahr eine Kabinettsitzung in Bonn vor.

GA, 23.01.08

Grundgesetz in Bonn

Original der Verfassung soll zum 60. der Bundesrepublik ausgestellt werden

BONN. Bonn wird in die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland einbezogen. Das teilte der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit. Seinen Angaben zufolge hat Bundestagspräsident Norbert Lammert zugestimmt, zum Geburtstag des Grundgesetzes das Original der Verfassung in Bonn auszustellen.

Schon den 60. Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September werde der Bundestag mit einer besonderen Veranstaltung in Bonn würdigen, so Eisel weiter. Auch das Jubiläum der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 7. September 1949 soll 2009 in Bonn gefeiert werden. Eisel hat dazu eine Kabinettsitzung in Bonn vorgeschlagen. (EB)

Gundscho, 24.01.08

GA, 25.01.08

Tollitäten bei Merkel

KARNEVAL Empfang nun in Berlin

BONN/BERLIN. Seit Jahren hat es ihn nicht mehr gegeben, nun lebt er wieder auf: der Tollitätenempfang im Bundeskanzleramt. So werden auch Holger I. und Alexandra II. am kommenden Dienstag nach Berlin fliegen, um Kanzlerin Angela Merkel den Bonner Sessionsorden zu verleihen.

Die Tradition der Empfänge begannen in der Adenauer-Ara in dessen Wohnsitz in Rhöndorf und im Palais Schaumburg. Unter Willi Brandt wurden die Karnevalsempfänge des Kanzlers zum festen Bestandteil im Bonner Karneval aus-

gebaut. Unter dem aus dem wenig jecken Niedersachsen stammenden Gerhard Schröder wurde der Termin dann aufgegeben. Auf Anstoß des Festausschusses Bonner Karneval hat Volker Wagner, Präsident des Bundes Deutscher Karneval, die Wiederbelebung des Empfangs angeregt. Und auch der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) warb bei Merkel – mit Erfolg. Horst Bachmann und Helga Murmann werden die Bonner Majestäten begleiten. Für die Reise musste ein Termin hier abgesagt werden. bot



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

NR. 5/08

24. Januar 2008

Mehr Geld für Bonner Sender

Der Deutsche Bundestag bewertet die Arbeit der Deutschen Welle positiv und hat auch die Bundeszuschüsse für den Bonner Sender erhöht. Das teilte der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit: „Das ist auch für uns in Bonn eine gute Nachricht, denn die Deutsche Welle ist eine der wichtigsten Einrichtungen, ein großer Arbeitgeber und als deutscher Auslandssender bedeutend für das weltweite Image unserer Heimatstadt.“

Der Intendant der Deutschen Welle Erik Bettermann hat gestern im zuständigen „Ausschuss für Kultur und Medien“ des Deutschen Bundestages die Arbeitsplanung des Senders vorgestellt. Eisel, der Mitglied des Ausschusses ist, sagte danach: „Sprecher aller Fraktionen haben das große Engagement der Mitarbeiter des Senders und die hohe Qualität der Arbeit ausdrücklich gelobt. Zum ersten Mal seit 1998 wurde der Haushalt des Bonner Senders auch nicht gekürzt, sondern die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt um ca. 4 Mio € erhöht.“ Außerdem seien die Bundesmittel für die Deutsche Welle erstmals von der sog. „Globalen Minderausgabe“ ausgenommen, die im Falle von Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt zu automatischen Mittelkürzungen führen würde.

Eisel wies darauf hin, dass die bessere Mittelausstattung des Senders auch bedeutsam dafür sei, dass sich die Deutsche Welle wie bisher für wichtige Bonner Projekte wie z. B. das Beethovenfest engagieren könne.

64. 24.08.08

Die Besten tanken Extra-Wissen

SCHULE Die Kinder der neuen Profilkurse am Hardtberg-Gymnasium stellen ihren Eltern die Ergebnisse nach einem halben Jahr des Lernens vor. Aber auch für Schüler mit Förderungsbedarf existieren spezielle Lehrgänge

Von Judith Voss

BRÜSER BERG. Da staunten die Eltern nicht schlecht, als ihnen ihre Kinder auf der Bühne locker etwas vorrechneten und ihnen danach auch noch eine Aufgabe zum Selberrechnen mit auf den Weg gaben.

Sechs der elf neu eingerichteten Profilkurse des Hardtberg-Gymnasiums stellten sich nun den Eltern und anderen Schülern vor. Die Kurse sind Teil des Gesamtkonzeptes der individuellen Förderung an der Schule und richten sich an leistungsstarke Schüler. Entsprechend ihren Begabungen dürfen sie einen der Profilkurse besuchen.

„Auf der anderen Seite gibt es Förderkurse für Schüler, die in bestimmten Fächern einen besonderen Förderungsbedarf haben. Der Schwerpunkt der Förderkurse liegt auf den Hauptfächern“, sagte Mitstufenkoordinator Stefan Schwarzer. Dabei gehen die Schwächen vor. Sollte ein Schüler also beispielsweise gut in Deutsch, aber schlecht in Mathe sein, muss er zunächst einen Förderkurs in Mathematik besuchen.

Die Kurse sind jeweils auf ein Halbjahr ausgelegt und wurden zu Beginn des Schuljahres neu eingeführt. Sie richten sich derzeit noch ausschließlich an Schüler der Klassen 5 bis 7.

Bei der Präsentation zeigten die Schüler der Profilkurse, womit sie sich im vergangenen Halbjahr beschäftigt hatten. Der Lehrgang Mathematik der 5. Klasse hatte sich an der Mathe-Olympiade beteiligt und rechnete ein paar der dort gestellten Aufgaben vor. Der Chemie-Profilkurs hatte am Wettbewerb „Chemie entdecken“ teilgenommen und stellte einen Versuch vor. Außerdem gab es Präsentationen in den Fächern Französisch, Biologie und Naturwissenschaften.

Damit die Veranstaltung nicht zu trocken wurde, gab es am Ende eine Vorführung des Profilkurses Deutsch, dessen Teilnehmer Theaterzenen geschrieben und einstudiert hatten. „In den Profilkursen gibt es weder Prüfungen noch Noten. Die Schüler bekommen heute lediglich eine Urkunde als Teilnahmebestätigung. Auch auf dem Zeugnis wird nur die Teilnahme erwähnt“, so Schwarzer.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER TAG

Der Deutsch-Französische Tag, der auf Initiative der Regierungen beider Länder alljährlich am 22. Januar begangen wird, war jetzt Anlass für einen Besuch des Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel im Hardtberg-Gymnasium. Dort diskutierte er mit den Schülern intensiv über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Die Hardtberger Schule gehört übrigens zu

den ersten Gymnasien in ganz Nordrhein-Westfalen, die vor 30 Jahren als Folge des Elysée-Vertrages von 1963 einen zweisprachigen deutsch-französischen Zugang eingerichtet haben.



Im Gespräch: Stephan Eisel und Schüler des Hardtberg-Gymnasiums.
FOTO: ENGELS

Minister bekam in Bonn letzten Schliff

ERSTELLT 31.01.08, 07:18h

BONN. „Der neue Außenminister von Mazedonien kommt von uns.“ Stolz schwingt in der Stimme von Professor Ludger Kühnhardt mit, als er das erzählt. Jurist Antonio Milososki, erst 32 Jahre alt und schon seit September 2006 Außenminister Mazedoniens, absolvierte am Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) das Fach Europastudien und schloss es mit dem Master ab.

Ein internationales Umfeld ist bei vielen der bislang 300 Absolventen der ZEI-Studiengänge Master of European Studies Program und Master of European Regulation of Network Industries erfolgreiches Karriereziel. Womit sich die 1995 aus Ausgleichsmitteln des Bundes für den Umzug nach Berlin gegründete Forschungseinrichtung der Uni Bonn in der Walter-Flex-Straße 3 befasst, erläuterten Kühnhardt, sein Professoren-Kollege Christian Koenig und einige der 34 ZEI-Mitarbeiter jetzt dem Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel.

Dieser besucht, seit er im September in den Bundestag nachrückte und von seiner Fraktion zum Mitglied des Europaausschusses ernannt wurde, Einrichtungen in der Bundesstadt. ZEI, sagt Eisel, genieße in Brüssel und im Bundestag einen „exzellenten Ruf“, sei aber im Bewusstsein der Bonner viel zu wenig verankert. Für das Image von Bonn sei aber auch entscheidend, dass die Bonner die Stärken ihrer Stadt kennen.

Ziel von ZEI ist es, an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt mitzuarbeiten. (kri)

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1201191988264>



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 07/08 Achtung Sperrfrist, Veröffentlichung nicht
vor dem 1. 2. 2008

Editha Limbach zum 75. Geburtstag

Zum 75. Geburtstag der früheren Bonner Bundestagsabgeordneten Editha Limbach am 1. Februar 2008 sagte Stephan Eisel:

„Editha Limbach war und ist ein Vorbild an Bürgernähe. Sie hat sich an vielen Stellen sehr für die Bonner Bürger eingesetzt, das politische Bonn viele Jahre geprägt und sich um unsere Heimatstadt große Verdienste erworben.

Schon 1960 ist Editha Limbach in die CDU eingetreten und hat sich dort von Beginn an ehrenamtlich engagiert. Von 1970 – 1990 war sie stv. Kreisvorsitzende der CDU und gehörte von 1975 – 1990 dem Rat der Stadt Bonn an. Zunächst 1987 über die Landesliste und dann 1990 – 1998 als direkt gewählte Abgeordnete vertrat sie Bonn 13 Jahre im Deutschen Bundestag. Sie hat dort die Wiedervereinigung miterlebt, aber auch die Berlin-Bonn-Entscheidung. An der Gestaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes und dem Bonn-Ausgleich hat Frau Limbach entscheidenden Anteil.

Auch nach der Abgeordnetenzeit hat Editha Limbach in ihrem politischen Engagement nicht nachgelassen. Sie ist die Vorsitzende der Seniorenunion der Bonner CDU und engagiert sich u. a. für die UN-Flüchtlingshilfe.

Ich bin stolz darauf, dass ich zweimal die Nachfolge von Frau Limbach antreten durfte: 1990 im Amt des stv. Bonner CDU-Vorsitzenden und jetzt in der Arbeit für Bonn im Bundestag. Als sie Bonner Abgeordnete war, habe ich als CDU-Kreisvorsitzender eng mit ihr zusammengearbeitet. Ihr Rat ist und bleibt mir wichtig und ich schätze ihre offene, ehrliche und direkte Art sehr. Damit verbinde ich die Hoffnung, dass sie die Bonner Politik mit ihrer Erfahrung und ihrem Einsatz noch lange bereichern wird.“

Zum 75. Geburtstag schenkt Stephan Eisel seiner Vorgängerin Abschrift und Mitschnitt ihrer ersten Bundestagsrede am 14. Oktober 1987 zum Thema Terrorismus. Der immer noch sehr aktuelle Text ist zur Information beigelegt.

Das „Vorbild an Bürgernähe“ wird heute 75 Jahre alt

GEBURTSTAG Die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Editha Limbach engagiert sich seit 1987 für Flüchtlinge

Von **Bernd Leyendecker**

BONN. „Warten Sie bitte einen Moment; ich muss gerade die Vannillesoße rühren, sonst brennt sie an“, bat Editha Limbach den Anrufer. Dieser hörte dann im Hintergrund kurz das entsprechende Geräusch (Schneebeesen contra Stahltopf) – und dann war sie wieder konzentriert beim Gespräch. Wie eh und je. Heute wird die ehemalige Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete 75 Jahre alt. Inzwischen gehe „alles etwas langsamer“, räumt sie ein und fragt sich zugleich: „Wie habe ich das damals eigentlich alles geschafft – Abgeordnete, Familie, Politik?“ Sie hat es gut gemeistert und darf durchaus als positives Beispiel dafür gelten, wie Frau Familie und Beruf miteinander verbinden kann.

Nach dem Studium der Ge-



Aktiv wie eh und je: Editha Limbach, die von 1987 bis 1998 dem Bundestag angehörte, in ihrem Lengsdorfer Haus.

FOTO: HEINZ ENGELS

schichte und Sozialwissenschaften in Bonn und New York arbeitete sie zunächst als Journalistin, gab dann aber ihren Beruf nach Heirat und Geburt ihrer vier Kinder auf. Dann ging sie in die Politik: 1960 trat Editha Limbach in die CDU ein, wurde Mitglied im Gemeinderat Lengsdorf und später Stadtverordnete, von 1975 bis 1990. 1987 rückte sie über die Landesliste in den Bundestag nach; von 1990 bis 1998 war sie dann direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete.

Die gebürtige Berlinerin hat sich in der Phase rund um die Bonn/Berlin-Entscheidung (20. Juni 1991) große Verdienste um Bonn erworben, indem sie an der Gestaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes und des Ausgleichs-Vertrages aktiv mitgewirkt hat. Dabei sei es ihr vor allem darauf angekommen, dass die Bundesbediensteten der

„niedrigen Einkommensklassen“ nicht umziehen mussten. Noch heute hält sie „aus politischen Gründen“ den ’91-er Beschluss für falsch; gleichwohl habe Bonn eine Entwicklung genommen, „die ich nie zu hoffen gewagt hätte“. Auch wenn sie sich aus dem politischen Tagesgeschäft zurückgezogen hat – Ehrenämter hat sie noch zuhauf. So ist sie seit 1987 Vorsitzende des Vereins UN-Flüchtlingshilfe und Kuratoriumsvorsitzende der Deutschen Stiftung für UN-Flüchtlinge.

Ihr MdB-Amtsnachfolger im Parlament, Stephan Eisel, bezeichnete Editha Limbach gestern als „Vorbild an Bürgernähe“; zudem schätze er ihre „offene, ehrliche und direkte Art“.

Ihren Geburtstag feiert sie heute mit ihrer Familie und Freunden. Ein Teil des Nachschicks war schon frühzeitig fertig...

64.01.02.08

Berlin oder Wien können Vorbild sein

Artikel „Artcard: Stephan Eisel attackiert den Verkehrsverbund“ vom 10. Januar

Mit Stephan Eisel und anderen bin ich der Ansicht, dass die geforderte Verdoppelung oder Verdreifachung des Preises für die Nutzung des Verkehrsverbundes völlig unverhältnismäßig ist. Dennoch sollte man beim Umgang mit Prozentzahlen vorsichtig sein und nicht noch übertreiben. Im Beitrag wird Stephan Eisel zitiert: „... eine Preisanehebung von zuerst fast 300 Prozent und dann von fast 200 Prozent verlangt hat“. Diese Aussage heißt, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) habe 300 Prozent und später 200 Prozent mehr verlangt. Tatsächlich - und das ist absurd genug, dass man es nicht noch zu übertreiben braucht - wollte der VRS 200 Prozent und später 100 Prozent mehr.

Eine Preisanehebung von null Prozent bedeutet: der Preis bleibt gleich. Eine Preisanehebung von 100 Prozent bedeutet, der Preis erhöht sich um 100 Prozent, mithin eine Verdopplung des Preises. Eine Preisanehebung auf 200 Prozent hingegen würde bedeuten, der Preis verdoppelt sich ebenfalls. Eine Preisanehebung von 300 Prozent, wie Stephan Eisel sie entdeckt hat, wäre dann also der

de beschriebenen Gründen unsinnig, sondern gleichzeitig auch noch unverschämte!

Andererseits muss sich das gerade aktiv gewordene neue Management der Bundeskunsthalle auch fragen lassen, ob nicht eine völlig neue Preiskalkulation der Artcard vonnöten ist. Der von Thomas Klemann in seinem Artikel vom 9. Januar recherchierte Preisvergleich mit dem Kunstmuseum Bonn und den anderen nationalen sowie internationalen Kunstmuseen lässt den Schluss zu: Der Preis für die bisher angebotene Artcard liegt viel zu hoch und muss gesenkt werden, damit der ebenfalls wieder zu reduzierende Anteil des VRS zu einer angemessenen Preiskalkulation für die Artcard führt.

Als mehrjähriger Artcard-Inhaber, der in den letzten Jahren immer die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt, um die Kultureinrichtungen Bonns zu besuchen, plädiere ich an alle Einfluss nehmenden Personen beziehungsweise Institutionen: Ändern sie die Preispolitik auf einigen Gebieten im Kulturbereich und nehmen sie sich ein positives Beispiel an Berlin, Wien, Paris, damit Bonn nicht wieder in den Provinzialismus länger vergangener Jahre zurücksinkt.

Gert Scholand, Siegburg



Viele Kulturinteressierte halten die Artcard für zu teuer, um etwa die Bundeskunsthalle preisgünstig zu erreichen und zu besuchen.
FOTOFROMMANN

mit Bahn oder Bus zum Museumsort fährt, keinen Parkplatz in der Nähe der Museumsmeile benötigt, sondern dort die Anwohner von Pkw-Lärm beziehungsweise Abgasen frei hält. Eine Preiserhöhung des Anteils für die Fahrkarte der Artcard-Kunden der Kunst- und Ausstellungshalle Bonn um fast 100 Prozent ist nicht nur aus gera-

nager des öffentlichen Nahverkehrs sollten doch besonders daran interessiert sein, aus ökologischen Gründen den privaten Autoverkehr zurückfahren zu helfen. Sie müssen durch ihre allgemeine Preisgestaltung dem Nahverkehrskunden werbend entgegenkommen, dass dieser sein Einzelfahrzeug nicht bewegt und entspannt

Wunsch des VRS, den Preis zu vervierfachen. So dreist ist nun auch der VRS nicht gewesen.

Ralf Hilgenstock, Bonn

Einerseits könnte ich den „Schwarzen Peter“ dem VRS wegen seiner massiven Preiserhöhung und auch Fahrgastseinschränkung zuschieben. Die Ma-

01.02.08, 64 46



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 08/08

5. Februar 2008

Jamaika als Option vom Bund bis Bonn

In einem „Aufruf zum Politischen Aschermittwoch“ hat sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel dafür ausgesprochen, Koalitionen zwischen CDU, FDP und GRÜNEN ernsthaft ins Auge zu fassen. In dem auf seiner homepage veröffentlichten Text schreibt Eisel :

„Die Parteienlandschaft in Deutschland verändert sich. Es ist nicht mehr wie in früheren Jahren quasi garantiert, dass die Volksparteien lediglich einen kleinen Partner zur Mehrheitsbildung brauchen. Die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass dies gelingen kann. Das Ergebnis von Hessen hat wie die letzte Bundestagswahl gezeigt, dass es dafür keine Gewissheit mehr gibt.

Die CDU muss darauf reagieren, wenn sie nicht zur großen Koalition verurteilt bleiben will, falls es für Mehrheiten mit der FDP nicht reicht. Die GRÜNEN sollten einsehen, dass Rotgrün im Bund wie in allen Ländern zum Minderheitenprojekt geworden ist. Sie müssen sich entscheiden, ob sie sich aus der babylonischen Gefangenschaft mit der SPD befreien, oder von dieser zum Wegbereiter für Koalitionen mit der zur Linkspartei umbenannten SED/PDS missbraucht werden wollen.

Zwar sollte niemand versuchen, die grundlegenden Meinungsunterschiede zwischen CDU und GRÜNEN zu verwischen, aber diese fundamentalen Unterschiede gibt es auch zwischen CDU und SPD .

Wichtiger ist, dass CDU und viele GRÜNE in den letzten Jahren in wichtigen Politikfeldern ähnliche Sichtweisen entwickelt haben: Das gilt z. B. für die Wirtschaftspolitik, in der beide Parteien den Mittelstand für wichtiger halten als die SPD. In der Finanzpolitik setzen CDU und GRÜNE auf solide Staatsfinanzen. Wie



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 - 184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 08/08

5. Februar 2008

die CDU so treten auch die GRÜNEN für das Subsidiaritätsprinzip ein, das kleinen Einheiten Vorfahrt vor staatlichen Bürokratien einräumt, an die die SPD glaubt. Auch die Klimaschutzpolitik bietet Ansätze für Übereinstimmungen. Gemeinsamkeiten gibt es ebenso bei der Bioethik oder Grundfragen der Außenpolitik: So haben die GRÜNEN das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Dalai Lama begrüßt, während die SPD es nach wie vor kritisiert. Vielen GRÜNEN ist es heute peinlich, dass sie jemanden zum Kanzler gewählt haben, der Putin als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet hat und das Waffenembargo der EU gegen China aufheben wollte.

Die GRÜNEN sind in großen Teilen nicht mehr die ideologisierte linke Protestpartei der 80er Jahre, sie haben sich weiterentwickelt. Das sollten wir in der CDU anerkennen. Auch die GRÜNEN sollten den Mut haben, in intensiverem Kontakt mit der CDU eigene über Jahre eingefahrene Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen.

Diese Herausforderung aufeinander zuzugehen stellt sich für CDU und GRÜNE im Bund, den Bundesländern und auch bei uns in Bonn. Wer nach den Wahlen 2009 große Koalitionen nicht zur Dauereinrichtung werden lassen will, muss jetzt beginnen, über Alternativen nachzudenken."

Bund würdigt „historische Bedeutung“ von Bonn

JUBILÄUM Jetzt sagt auch Kanzleramtschef zu, ebenfalls am Rhein den 60. Geburtstag der Bundesrepublik zu feiern

Von **Bernd Leyendecker**

BONN. Nun es ist amtlich: Der Bund feiert seinen 60. Geburtstag auch in seiner ehemaligen Bundeshauptstadt. Nachdem Bundespräsident Norbert Lammert bereits vor drei Monaten die Einbeziehung von Bonn in die Jubiläumsveranstaltungen gefordert hatte, vertritt jetzt auch die Bundesregierung diese Auffassung.

Bei der Vorbereitung eines Veranstaltungskalenders durch die beteiligten Verfassungsorgane und Ressorts für die Jahre 2008/2009 ist die Stadt Bonn als Veranstaltungsort ohne Zweifel einzubeziehen; dies ist in die derzeitigen Überlegungen bereits eingeflossen“, heißt es in einem Schreiben von Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere an Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann.

Danach hatte es zunächst nicht ausgesehen. Denn eine Arbeitsgruppe des Bundestages und des Bundesinnenministeriums hatte sich im vergangenen Sommer Herbst bereits Gedanken darüber gemacht, wie die Jubiläen für staatliche Aktivitäten gefeiert werden könnten. Und um diese Gedankenlage geht es:

Am 1. September 1948 trat im Museum Koenig zum ersten Mal der Parlamentarische Rat zusammen, der das Grundgesetz ausarbeitete. Das Gremium wählte anschließend in der ehemaligen Pädagogischen Akademie am Rhein den CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer zu seinem Präsidenten.

Am 7. September 1949 kam der Bundestag in der Pädagogischen

Akademie zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

In der vergangenen Woche traf sich im Museum Koenig erstmals eine Runde, der Fachleute der Bundestagsverwaltung, der Stadt Bonn, des Museums Koenig und des Hauses der Geschichte angehören; sie soll die Veranstaltung im kommenden September vorbereiten. Nach den Vorstellungen des Bundestagspräsidenten wird es dabei auch ein Expertengespräch zu Verfassungsfragen geben – vor 400 Gästen im Museum Koenig.

In puncto Organisation kann man dabei auf die Akten von 1998 zurückgreifen, denn vor zehn Jahren fand in dem Museum an der Adenauerallee bereits eine Jubiläumseinführung statt, auf der der damalige Bundespräsident Roman Herzog ausdrücklich der Stadt Bonn dankte, deren „Verdienste um unseren Staat gar nicht hoch genug geschätzt werden können und für die ich in dieser Stunde ganz ausdrücklich Dank sagen möchte“.

Während der Ablauf der Feier im kommenden September noch weitgehend offen ist, gibt es für die Veranstaltung zwölf Monate später schon genauere Überlegungen. So soll aus Anlass „konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages, 7. September 1949“ in Bonn eine Sitzung des Parlaments plus seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen stattfinden. Die 49-er Sitzung wurde übrigens vom Orchester der Stadt Bonn mitgestaltet. Zu Beginn spielte es die „Weihe des Hauses“ von Ludwig van Beethoven; mit dessen 5. Symphonie (letzter Satz) wurde



Große Tiere: Der damalige Bundespräsident Roman Herzog bei seiner Festrede am 1. September 1998 im Museum Koenig. FOTO: DPA

die Feier beschlossen. Für die Einbeziehung Bonns in die Feier hatten sich neben Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann auch die Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) eingesetzt.

So heißt es in einem OB-Brief von Anfang Dezember 2007 an Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Trotz des Umzugs (von Parlament und Teilen der Regierung)

werden müssen, halte ich für eine Selbstverständlichkeit.“

Das sieht auch der Kanzleramtschef so. „Mit Ihrem Schreiben sprechen Sie zu Recht die historische Bedeutung der Stadt Bonn für die Bundesrepublik Deutschland an“, schreibt de Maiziere Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann und sichert ihr dann zu, Bonn 2008/2009 zu berücksichtigen. (Anm.d.Red.) einbezogen

Es(A. 06.02. 08

6A, 04.02.08

■ Im Wahlkreisbüro des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel im fünften Stock herrschte Hochbetrieb. Was weniger an dringenden politischen Geschäften als an dem tollen Ausblick auf den Marktplatz lag. Eisel nutzte im Piratenkostüm die strategische Lage seines Büros voll aus. Zunächst bot er den Stadtsoldaten an, mit dem Fernrohr die Verteidigungspläne auf dem Schreibtisch der OB auszukundschaften. Dann machte er auf gute Nachbarschaft und stärkte schunkelnd den Verteidigern auf der Rathaustrampe den Rücken.

CDU-Eisel für Jamaika-Koalition

Bonn – Das wird für Zündstoff sorgen: Dr. Stephan Eisel, Bundestagsabgeordneter der CDU, sieht „Jamaika als Option vom Bund bis Bonn“. Heißt: eine Koalition zwischen CDU, FDP und Grünen. Wer nach den Wahlen 2009 große Koalitionen nicht zu Dauereinrichtungen werden lassen wolle, müsse jetzt beginnen, über Alternativen nachzudenken. Dazu CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger kurz und trocken: „Wir kommen hier gut mit der SPD klar, wollen das auch fortsetzen.“

Express, 06.02.08

Stürmische Zeiten in Bonn

von BERNWARD ALTHOFF

Rundschau, 20.01.08

Stephan Eisel, seines Zeichens Bonner Bundestagsabgeordneter aus den Reihen der CDU, zeigt Herz für die Jecken aus nah und fern. Großzügig öffnet er für den kommenden Karnevalssonntag, am Tag des Sturms der Jecken auf das Bonner Rathaus, sein Wahlkreisbüro am Markt 10 für alle närrischen Besucher. Eisel rühmt die prächtige Aussicht vom 5. Stock seines Büros auf den Markt. Außerdem gibt er den Bonner Stadtsoldaten, der militärischen Speerspitze von Prinz Holger I. und Bonna Alexandra II., den Tipp, sein Büro als strategischen Ausguck für den Rathaussturm zu nutzen, um der dortigen Hausherrin, der roten Bärbel, wieder eins auszuwischen.

Zaldate, lasst Euch nicht foppen! Dat is 'ne fiese Trick vun dem schwarzen Eisel. Wie

nämlich aus gut unterrichteten Kreisen zu hören ist, haben Angela Merkel und Kurt Beck in Berlin insgeheim beschlossen, den Bonner Rathaussturm als Test für eine mögliche Große Koalition in Wiesbaden zu nutzen. Die Bonner Stadtsoldaten sollen durch kräftigen Trommellärm und Alaaf-Gebrülle in Eisels Büro dermaßen verwirrt werden, dass sie die Sturmleitern auf Eisels Büro anlegen und die frustrierte rote Bärbel nach 13 Jahren endlich mal ungeschoren davon kommt. Wenn's klappt, darf Roland Koch im Gegenzug weiter in Hessen den Boss mimen.

Nix da, Zaldate! Ihr stürmt das Rathaus, die rote Bärbel kriegt eins auf die Mütze und der schwarze Eisel kann trommeln, bis ihm der Kitt aus der Brille fliegt. Et bliev, wie et is, Alaaf zesammme!



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 08/08

5. Februar 2008

Jamaika als Option vom Bund bis Bonn

In einem „Aufruf zum Politischen Aschermittwoch“ hat sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel dafür ausgesprochen, Koalitionen zwischen CDU, FDP und GRÜNEN ernsthaft ins Auge zu fassen. In dem auf seiner homepage veröffentlichten Text schreibt Eisel :

„Die Parteienlandschaft in Deutschland verändert sich. Es ist nicht mehr wie in früheren Jahren quasi garantiert, dass die Volksparteien lediglich einen kleinen Partner zur Mehrheitsbildung brauchen. Die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass dies gelingen kann. Das Ergebnis von Hessen hat wie die letzte Bundestagswahl gezeigt, dass es dafür keine Gewissheit mehr gibt.

Die CDU muss darauf reagieren, wenn sie nicht zur großen Koalition verurteilt bleiben will, falls es für Mehrheiten mit der FDP nicht reicht. Die GRÜNEN sollten einsehen, dass Rotgrün im Bund wie in allen Ländern zum Minderheitenprojekt geworden ist. Sie müssen sich entscheiden, ob sie sich aus der babylonischen Gefangenschaft mit der SPD befreien, oder von dieser zum Wegbereiter für Koalitionen mit der zur Linkspartei umbenannten SED/PDS missbraucht werden wollen.

Zwar sollte niemand versuchen, die grundlegenden Meinungsunterschiede zwischen CDU und GRÜNEN zu verwischen, aber diese fundamentalen Unterschiede gibt es auch zwischen CDU und SPD .

Wichtiger ist, dass CDU und viele GRÜNE in den letzten Jahren in wichtigen Politikfeldern ähnliche Sichtweisen entwickelt haben: Das gilt z. B. für die Wirtschaftspolitik, in der beide Parteien den Mittelstand für wichtiger halten als die SPD. In der Finanzpolitik setzen CDU und GRÜNE auf solide Staatsfinanzen. Wie



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 08/08

5. Februar 2008

die CDU so treten auch die GRÜNEN für das Subsidiaritätsprinzip ein, das kleinen Einheiten Vorfahrt vor staatlichen Bürokratien einräumt, an die die SPD glaubt. Auch die Klimaschutzpolitik bietet Ansätze für Übereinstimmungen. Gemeinsamkeiten gibt es ebenso bei der Bioethik oder Grundfragen der Außenpolitik: So haben die GRÜNEN das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Dalai Lama begrüßt, während die SPD es nach wie vor kritisiert. Vielen GRÜNEN ist es heute peinlich, dass sie jemanden zum Kanzler gewählt haben, der Putin als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet hat und das Waffenembargo der EU gegen China aufheben wollte.

Die GRÜNEN sind in großen Teilen nicht mehr die ideologisierte linke Protestpartei der 80er Jahre, sie haben sich weiterentwickelt. Das sollten wir in der CDU anerkennen. Auch die GRÜNEN sollten den Mut haben, in intensiverem Kontakt mit der CDU eigene über Jahre eingefahrene Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen.

Diese Herausforderung aufeinander zuzugehen stellt sich für CDU und GRÜNE im Bund, den Bundesländern und auch bei uns in Bonn. Wer nach den Wahlen 2009 große Koalitionen nicht zur Dauereinrichtung werden lassen will, muss jetzt beginnen, über Alternativen nachzudenken.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 9/08

6. Februar 2008

Eisel begrüßt Zusage des Kanzleramtes

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat die Mitteilung des Kanzleramtes begrüßt, dass Bonn „ohne Zweifel“ bei den Feiern zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes einbezogen werde: „Ich habe vom Chef des Kanzleramtes Thomas de Maizier die gleiche Mitteilung erhalten wie die Oberbürgermeisterin. Dieser erfreulichen offiziellen Nachricht gingen sehr viele Gespräche voraus, die ich seit Ende Oktober in Berlin geführt habe. Für Bonn sind die nationalen Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik eine große Chance, denn es handelt sich hier um ein ganzjähriges nationales Medienereignis.“

Eisel wies darauf hin, dass er bereits seit einiger Zeit in intensivem Kontakt mit dem Leiter des zuständigen Arbeitsstabes der Bundesregierung stehe, auf den der Kanzleramtschef in seinem Schreiben wegen konkreter Vorbereitungen von Veranstaltungen in Bonn hingewiesen hat: „Dort habe ich zum Beispiel vorgeschlagen, dass das Bundeskabinett im Jubiläumsjahr einmal wieder in Bonn tagen könnte. Ich habe darüber schon vor einiger Zeit die Oberbürgermeisterin informiert. Wir ziehen hier an einem Strang, denn es geht um Bonn.“

Eisel erinnerte daran, dass er im November die Zusage von Bundestagspräsident Lammert erhalten hatte, dass der Bundestag die Konstituierung des Parlamentarischen Rates voraussichtlich am 6. September diesen Jahres und die Konstituierung des Bundestages im September 2009 in Bonn feiern werde: „Es freut mich, dass mir die Oberbürgermeisterin zugesagt hat, dass auch das Beethoven-Orchester-Bonn dafür zur Verfügung steht, denn es hat schon bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 7. September 1949 mitgewirkt.“

Schlagader
06.02.08

(hs) - Editha Limbach, frühere Bonner Bundestagsabgeordnete, feierte am 1. Februar ihren 75. Geburtstag. Viele Jahre hat sie sich in der Politik für ihre Heimatstadt Bonn engagiert. 1960 trat sie in die CDU

ein, wurde 1970 bis 1990 stellvertretende Kreisvorsitzende und gehörte von 1975

bis 1990 dem Rat der Stadt Bonn an. Zunächst über die Landesliste und dann 1990 bis 1998 als direkt gewählte Abgeordnete vertrat sie Bonn 13 Jahre im Deutschen Bundestag.

Sie hat dort die Wiedervereinigung miterlebt, aber auch die Berlin-Bonn-Entscheidung. Auch danach blieb Editha Limbach der Politik treu. Sie ist Vorsitzende der Seniorennunion Bonn und engagiert sich für die UN-Flüchtlingshilfe. Ihr Nachfolger im Deutschen Bundestag, Stephan Eisel, würdigte die Verdienste von Editha Limbach u. a. mit den Worten „Editha Limbach war und ist ein Vorbild an Bürgernähe. Sie hat sich an vielen Stellen sehr für die Bonner Bürger eingesetzt, das politische Bonn viele Jahre mit geprägt.“



Rundschau, 07.02.08 Kanzleramt sagt Feier in Bonn zu

BONN. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) hat die Mitteilung des Kanzleramtes begrüßt, dass Bonn „ohne Zweifel“ bei den Feiern zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes einbezogen werde: „Für Bonn sind die nationalen Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik eine große Chance, denn es handelt sich hier um ein ganzjähriges nationales Medienereignis.“ Eisel wies in einer Mitteilung darauf hin, dass er bereits seit einiger Zeit in intensivem Kontakt mit dem Leiter des zuständigen Arbeitsstabes der Bundesregierung stehe, auf den der Kanzleramtschef in seinem Schreiben wegen konkreter Vorbereitungen von Veranstaltungen in Bonn hingewiesen hat: „Dort habe ich zum Beispiel vorgeschlagen, dass das Bundeskabinett im Jubiläumsjahr einmal wieder in Bonn tagen könnte.“ (EB)

Teilung spart Steuern

Steuerzahlerbund: Doppelter Regierungssitz kostet 23 Millionen, ein Totalumzug 200 Millionen Euro

BONN. Der Bund der Steuerzahler hat errechnet, dass die Teilung der Bundesregierung auf die Dienstsitze Bonn und Berlin 23 Millionen Euro kostet. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) nennen diese gestern veröffentlichte Kostenaufstellung „fragwürdig“ (Eisel) und „unfair“ (Kelber).

Dennoch sieht Kelber auch Positives in der Rechnung des Steuerzahlerbundes, der seit Jahren den Totalumzug nach Berlin fordert: Jetzt veranschlagt er dafür Mindestkosten von 200 Millionen Euro. Der SPD-Abgeordnete: „Die

Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin ist ein Milliongengewinn für den Bundeshaushalt“, das hätten die „Berlin-Fans“ im Steuerzahlerbund wohl nicht erwartet.

Der Verband unterstellt, dass nach einem Umzug zwei Drittel aller Dienstreisen zwischen Bonn und Berlin wegfielen. Ein Trugschluss, sagt Kelber, weil knapp die Hälfte aller Reisen zwischen den Regionen nicht der Aufteilung der Ministerien zuzurechnen seien, sondern Fahrten zwischen anderen Bundesbehörden in Köln, Koblenz oder Potsdam. Auch nach einem Totalumzug fielen neue Umzugskosten

zwischen nachgeordneten Behörden in Bonn und dem Ministerien an, ergänzt Eisel.

Pro Dienstreise fallen laut Steuerzahlerbund 200 Euro Personalkosten an. „Als ob im Flugzeug oder im Warteraum keine Akten gelesen oder E-Mails bearbeitet werden können“, kontert Kelber. (dbr)

Ihre Meinung? Schreiben Sie uns!

Bonner Rundschau
Martinsplatz 2a
53113 Bonn
E-Mail: bonner.rundschau
@kr-redaktion.de
Fax: 02 28/98 42 230

Rundschau, 08.02.08



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 10/08

8. Februar 2008

Bei Post-Partnerfilialen geht Sorgfalt vor Schnelligkeit

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, beabsichtigt die Deutsche Post AG die bisher eigenbetriebene Filiale in der Dorotheenstraße in der Inneren Nordstadt durch eine sog. Partnerfiliale zu ersetzen: „Erfahrungen in anderen Bonner Stadtteilen zeigen, dass das durchaus zum Vorteil der Postkunden sein kann, wenn es richtig angegangen wird. Allerdings muss die Post dazu einige wichtige Voraussetzungen erfüllen. Darauf habe ich die Verantwortlichen bei der Post in einem Gespräch ausdrücklich hingewiesen.“

Bei den Partnerfilialen kooperiert die Post mit dem örtlichen Einzelhandel und die Leistungen der Post werden im Laden des Geschäftspartners angeboten. Wie Eisel sagte, ist gegen solche Filialen nicht einzuwenden, zumal sie meist mit längeren Öffnungszeiten für die Postkunden verbunden seien: „Aber erstens muss die Post diese längeren Öffnungszeiten auch tatsächlich sicherstellen. Zweitens darf es bei der Filialumstellung nicht zu einer zeitlichen Unterbrechung der postalischen Versorgung kommen, d. h. die bisherige Filiale muss lückenlos in die neue übergehen. Drittens muss die Post eventuell betroffenen Mitarbeitern der geschlossenen Filiale Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten anbieten.“

Nach Eisels Angaben hat die Post dies für die geplante Filialumwandlung im Bonner Norden zugesagt und dies entspreche auch ihrer gesetzlichen Verpflichtung als Universaldienstleister: „Besonders bei der Wahl der Filialpartner erwarte ich von der Post höchste Sorgfalt, da wir in Bonn in letzter Zeit z. B. in Geislar und Ippendorf kurzfristige Schließung von Partnerfilialen erleben mussten, die zu einer Versorgungsunterbrechung führen, da zunächst Ersatz gefunden werden muss. Im Bonner Norden sollte man daraus lernen: Bei der Filialumwandlung geht Sorgfalt vor Schnelligkeit.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 11/08

11. Februar 2008

Nein zur embryonalen Stammzellforschung

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel unterstützt den fraktionsübergreifenden Gruppenantrag im Deutschen Bundestag, der sich gegen eine Erleichterung der Forschung mit embryonalen Stammzellen wendet, und befürwortet darüber hinaus ein generelles Importverbot solcher Stammzellen.

Vor der Debatte im Deutschen Bundestag sagte Eisel: „Für mich beginnt unverwechselbares menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Embryonale Stammzellforschung setzt die Tötung dieser Embryonen voraus und deshalb lehne ich sie grundsätzlich ab. Deshalb halte ich schon den Stichtag für den Import von embryonalen Stammzelllinien im geltenden Stammzellgesetz für falsch. Umso mehr bin ich jetzt gegen eine Verschiebung des Stichtages.“

Im Bundestag findet die Debatte zur embryonalen Stammzellforschung am 14. Februar statt. Die Meinungen reichen von einer völligen Freigabe bis zum bis zum gänzlichen Importverbot. Das geltende Stammzellgesetz von 2002 erlaubt nur den Import von embryonalen Stammzellen, die vor dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden. In Deutschland dürfen solche Stammzelllinien nicht hergestellt werden, da bei ihrer Gewinnung Embryonen getötet werden.

Debatte und Abstimmung im Bundestag finden ohne den sog. Fraktionszwang statt.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 12/08

13. Februar 2008

Eisel lädt nach Berlin ein

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an einer politischen Informationsreise nach Berlin an. „Die Arbeit des Bundestages und der Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins sind sicher eine Reise wert. Ich möchte dies möglichst vielen Bonnern ermöglichen. Selbstverständlich stehe ich auch zu einem Gespräch über meine Arbeit für Bonn im Deutschen Bundestag zur Verfügung.“

Der Teilnehmerbeitrag von 199.- € beinhaltet einen dreitägigen Besuch in Berlin die An- und Abreise in einem modernen Fernreisebus, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer eines Vier-Sterne-Hotel inkl. Frühstücksbuffet, eine dreistündige Sightseeing-Tour mit persönlichem Stadtführer, ein Abend- und zwei Mittagessen sowie den Besuch des Deutschen Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Einzelzimmer und Eintrittskarten zu kulturellen Veranstaltungen werden gegen Aufpreis angeboten. Die Reisetermine liegen zwischen April und September 2008.

Nähere Informationen erhalten sie unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, Tel. 184 99 832

Post an Dorotheenstraße schließt

DIENSTLEISTUNG Derzeit wird nach einem Übernahmepartner gesucht

Von **Richard Bongartz**

NORDSTADT/IPPENDORF. Hohe Kosten, die nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Das ist der Grund, warum viele Postfilialen schließen und häufig dann private Betreiber die Dienste übernehmen. Nun trifft es die Geschäftsräume an der Dorotheenstraße. Die Post sucht derzeit nach einem Partner.

„Ich denke, das funktioniert nicht“, sagt Bezirksvorsteher Helmut Kollig. „An der Dorotheenstraße steht man so oft in der Schlange. Da ist richtig viel Betrieb.“ Der Sozialdemokrat setzt sich deshalb dafür ein, dass die Filiale erhalten bleibt.

Ihre Schließung steht allerdings schon fest, auch Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann ist laut Post-Sprecher Dieter Pietruck bereits informiert. „Es gibt überhaupt keinen Grund zur Sorge für die Kunden in der inneren Nordstadt.“ Die Post werde lückenlos in eine Partnerfiliale umgewandelt, die sich in der Nähe befinden soll – noch in diesem Jahr. Das bedeutet, wenn an dem einen Tag die Post für immer schließt, wird am nächsten Tag die neue aufgemacht.

Derzeit sucht die Post nach einem Partner, der die Dienste eins zu eins übernehmen soll. Dazu



Die Post will ihre Filiale Dorotheenstraße aufgeben. Sie sucht nun einen Partner, damit es in der Nähe weiter Briefmarken gibt. FOTO: KOEHL

gehören laut Pietruck auch die Bankleistungen. Die Umwandlung sei nötig, weil sich die Nachfrage geändert habe. Viele Dinge könnten die Kunden heute via Internet von zu Hause aus erledigen, gingen dann etwa nur noch für Briefmarken in die Filiale.

Pietruck sieht in der Umwandlung Vorzüge: Der Partner habe für sein eigenes Geschäft ein neues

Standbein und könne sich über mehr Kunden freuen. Ansonsten sei die Post weiterhin vor Ort und zudem oftmals auch länger auf als die selbst betriebenen Stellen.

Dass dies passiert, hofft Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel (CDU). Er will, dass die Post eventuell betroffenen Mitarbeitern der geschlossenen Filiale Weiterbeschäftigungen angeboten werden.

80.2007/10.07.09

Kritik am „Bund der Steuerverschwender“

BONN/BERLIN Kelber und Eisel weisen das Gutachten zu den Kosten eines Regierungsumzugs zurück

BONN. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber findet es „lächerlich“, sein CDU-Amtskollege Stephan Eisel „wirklichkeitsfremd“ – das Gutachten des Bundes der Steuerzahler (BdSt) zu den Kosten eines Umzugs aller Ministerien nach Berlin, die mit 200 Millionen Euro angegeben werden. Die Kosten für die Aufteilung der Regierung auf Berlin und Bonn liegen laut BdSt bei 23 Millionen Euro pro Jahr (der GA berichtete).

Unter Hinweis auf die BdSt-Aus-

sage, wonach zwei Drittel aller Dienstreisen zwischen den Regionen Berlin und Bonn nach dem Umzug wegfallen würden, erinnert Kelber an Erklärungen des Bundesbauministeriums. Danach finden knapp die Hälfte dieser Reisen nicht aufgrund der Aufteilung von Ministerien statt; vielmehr handelt es sich um Reisen zwischen anderen Bundesbehörden in diesen Regionen. Kelber: „Nach einem Umzug entstanden Notwendigkeiten für neue Dienstreisen, so zwischen

einem dann umgezogenen Umweltministerium und den Bundesamt für Naturschutz in Bonn. Er kritisiert zudem, dass der Steuerzahler-Bund für jeden Flug eines Bundesbediensteten einen „Personalaufwand“ von 200 Euro nennt. „Als ob im Flugzeug oder Wartezimmer keine Akten gelesen werden könnten“, kommentiert Kelber, der auch die angegebenen Umzugskosten von 3 000 Euro pro Büroeinheit bemängelt: „Korrigiert man nur die schlimmsten Fehleinschätzungen

Eisel weist ergänzend zu Kelbers

Erklärung darauf hin, dass der Umzug vor zehn Jahren zehn Milliarden Euro gekostet hat: „Selbst wenn man für einen Totalumzug jetzt nur die Hälfte der Kosten ansetzen würde, lägen die jährlichen Zinsen um ein Vielfaches höher als die vom Steuerzahler-Bund berechneten aufteilungsbedingten Mehrkosten. Wer das Geld der Steuerzahler so zum Fenster hinauswerfen will, sollte sich eher den neuen Verbandsnamen »Bund der Steuerverschwender« zulegen.“

GA, 09. / 10.02.08

Eisel brachte Verteidigungsminister auf die Baustelle

Jung: Bund wird Konferenzzentrum nutzen

Für den Verteidigungsminister war der Besuch im an den Neubau angrenzenden ehemaligen Bundeshaus eine Rückkehr in seine politische Vergangenheit. Jung kennt den Plenarsaal und das Wasserwerk – die schon bestehenden Gebäude des Kongresszentrums – aus seiner politischen Laufbahn: „Der ehemalige Plenarsaal hier in Bonn ist ein schönes Gebäude, er bietet in seiner heutigen Nutzung als Kongresszentrum einen ganz besonderen Rahmen für Kongresse und Tagungen“, sagte der Minister.

Jung, für dessen Ministerium in Bonn rund 3.000 Mitarbeiter tätig sind, begrüßte auch den weiteren Ausbau der Kapazitäten im World Conference Center Bonn.

Der Erweiterungsbau des Kongresszentrums werde nach seiner Fertigstellung Platz bieten für zusätzliche große Veranstaltungen. Die in Bonn verbleibenden Ministerien, die Vereinten Nationen und die vielen internationalen Organisationen werden diese Kapazitäten für ihre Konferenzen nutzen, so Jung gegenüber WCCB-Manager Mathias Schultze. Auch für Personalversammlungen oder Kommandeurs tagungen böte sich das World Conference Center Bonn hervorragend an.

EB



Brachte Minister Jung auf die Baustelle: Stephan Eisel MdB

Bonn (SF/JW).- Der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** hat die Mitteilung des Kanzleramtes begrüßt, dass Bonn „ohne Zweifel“ bei den Feiern zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes einbezogen werde: „Ich habe vom Chef des Kanzleramtes Thomas de Maizier die gleiche Mitteilung erhalten wie die Bonner Oberbürgermeisterin **Bärbel Dieckmann**. Für Bonn sind die nationalen Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik eine große Chance, denn es handelt sich hier um ein ganzjähriges nationales Medienereignis.“ Eisel wies darauf hin, dass er bereits seit einiger Zeit in Kontakt mit dem Leiter des zuständigen Arbeitsstabes der Bundesregierung stehe, auf den der Kanzleramtschef in seinem Schreiben wegen Vorbereitungen von Veranstaltungen in Bonn hingewiesen hat.

Stephan Eisel, 17.02.08

Express, 25.01.08

Bonner Prinzenpaar trifft Angie

Das hat es seit dem Regierungsumzug nicht mehr gegeben. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** lädt zum Karnevals Empfang nach Berlin ein. Ebenfalls auf der Gästeliste: unser Bonner Prinzenpaar **Holger I. (Willcke)** und **Alexandra II. (Pfeiler)**. „Am 29. Januar ist es dann so weit. Die Kanzlerin empfängt aus jedem Bundesland Prinzenpaare im Kanzleramt“, berichtet MdB **Dr. Stephan Eisel** dem EXPRESS. „In Angriff genommen wurde diese Angelegenheit von BDK-Präsident **Volker Wagner**, der in Berlin angeregt hatte, dass diese

Karnevals empfang, die vor dem Regierungsumzug üblich waren, wieder eingeführt werden“, erzählt MdB Eisel. Wir sagen da nur: dreimal Angie alaaf!



Prinz Holger I. und Bonna Alexandra II. sind bei Angela Merkel eingeladen.

Fluss & Grund



TITELSEITE

Bonn wird nun doch in die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik einbezogen

Jetzt kommt Freude auf im Bundesbonn



Ein Luftbild der Poppelsdorfer Allee im Herzen der Stadt Bonn

Bonn (Weltexpress) – Na endlich, da haben die empörten Argumente der beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) in Berlin doch etwas genutzt. Viele Bürgerinnen und Bürger hatten sie auf ihrer Seite, viele Mitglieder der Heimat- und Geschichtsvereine in Bonn und Umgebung, die sehr verärgert waren über die Nachricht, dass nur in Berlin die Vorbereitungen zum Jubiläum „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ nur in Berlin geplant worden seien und Bonn dabei vergessen hatten. „Bonn ist Symbol für 60 Jahre deutscher Geschichte, hier steht die Wiege der deutschen Demokratie“, so hieß es in Briefen und Telefonanrufen und natürlich in mails in Richtung Berlin.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat nun einklinkt, er könnte ja auch nicht anders: „Aus dem Auge aus dem Sinn“, daran konnten sich die Bonner nicht gewöhnen. Denn sie hatten die ersten Anfänge der Demokratie, die Geburtsstunde, alle die vielen Jahr als provisorische und dann seit der Regierungserklärung von Willy Brandt als damaliger Bundeskanzler am 18. Januar 1973 noch in den Ohren, als seitdem aus der provisorischen die endgültige Bundeshauptstadt wurde. Der Vorschlag des Abgeordneten Eisel wird nun akzeptiert, dass nämlich am 1. September diesen Jahres mit einer Feierstunde an die Konstituierung des Parlamentarischen Rates gedacht werden soll.

Das war noch im Museum Koenig. Denn an jenem 1. September 1948 sprach hier der erste NRW-Ministerpräsident Karl Arnold auf der Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz ausarbeiten sollte. Dieses Gremium tagte unter Vorsitz von Dr. Konrad Adenauer, der 1949 der 1. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde.

Und am 7. September 2009 wird an den 7. September 1949 gedacht: Dann soll in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn, jetzt im Bundesbonn, mit den noch lebenden früheren Bundestagsabgeordneten zusammen eine Bundestagssitzung stattfinden. Eine Feierstunde ganz besonderer Art. Wie weltexpress.info erfahren hat, soll das Bundestagspräsidium diesem Termin und dieser Feierstunde zugestimmt haben. Abgeordneter Eisel, der die Initiative zu den Feiern in Bonn ergreifen hatte, teilte mit, Bundestagspräsident Norbert Lammert habe ihm zugesagt, zum Geburtstag des Grundgesetzes das Original der Verfassung in Bonn auszustellen. Weiter schlug der CDU-Politiker vor, in Bonn im Jubiläumsjahr eine Kabinettsitzung zu veranstalten. Die Bonner sind zufrieden. Man hat sie also nicht vergessen.

- Autor: Dorothea F. Voigtländer
- E-Mail: redaktion@weltexpress.info
- Abfassungsdatum: 24.01.2008
- Foto: © Stadt Bonn
- Verwertung: Weltexpress

Eisel lädt Bonner nach Berlin ein

GA, 19.02.08

BONN. Zu einer dreitägigen Reise in die Bundeshauptstadt lädt der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel alle interessierten Bürger ein. Der Teilnehmerbeitrag von 199 Euro beinhaltet die Anreise mit dem Bus, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstücksbuffet, ein Abend- und zwei Mittagessen, eine Stadtrundfahrt sowie einen Besuch des Deutschen Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Auf Wunsch gibt es gegen Aufpreis ein Einzelzimmer und Eintrittskarten zu kulturellen Veranstaltungen. Die Reisetermine liegen zwischen April und September, genauere Informationen gibt es im Internet unter www.stephaneisel.de oder unter ☎ 0228/184 99 832. **meu**

GA, 12.02.08, S. 10 Jazzgenuss und Tierschutz

KONZERT Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel spielt in Kommende

RAMERSDORF. Festlich glitzern die Gläser auf den Tischen im Rittersaal des Schlosshotels Kommende. „Ein wunderschöner Rahmen für diese Veranstaltung“, schwärmt Peter Spary, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft. Er lächelt zufrieden und begrüßt die ersten Gäste des Klavierabends mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel. „Es

erwartet uns ein regelrechter Augen-, Ohren- und Gaumenschmaus“, freut er sich.

Vor einiger Zeit habe er schon einmal an einem Abend mit Eisel teilgenommen und gleich gewusst, dass dies genau das Richtige für die Jahresauftaktveranstaltung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft ist. „Klassik und Jazz verbände Eisel mit ebenso launi-

gen wie anekdotenreichen, teils auch politischen Moderationen“, erklärt er.

44 Gäste meldeten sich für dieses Erlebnis der Sinnesfreuden an. „Zehn Euro jeder Konzertkarte spenden wir zugunsten des Tierschutzprojektes Ungarn“, erklärt der Präsident, zudem werde die Gesellschaft den Betrag auf 500 Euro aufstocken. Eine Spende, die bei Barbara Stephanow, Vorsitzende der Tierschutzorganisation, mehr als willkommen ist.

„Was den Tierschutz angeht, ist Ungarn wirklich noch ein Entwicklungsland. Es fehlt den meisten Menschen einfach ein generelles Bewusstsein für das Thema“, so Spary. Stephanow pflichtet ihm bei: „Wir betreiben zwar ein kleines Tierheim mit medizinischer Station, unser Hauptaugenmerk liegt aber auf der Grundlagenarbeit. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe bieten“, sagt sie. Mit der Spende könne sie einen Angestellten über rund anderthalb Monate bezahlen. **aff**



Festlich: In der Kommende freut sich Peter Spary (3. von rechts) über Stephan Eisels (2. von links) Besuch.

FOTO: MALSCH

■ Einen zufriedenen Vorstand des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an der Uni Bonn empfing gestern **Stephan Eisel** in seinem Wahlkreisbüro. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Bonner RCDS übergab der CDU-Bundestagsabgeordnete ein handsigniertes Foto von **Angela Merkel**. Entstanden

war es 1991 bei einem Vortrag der damaligen Bundesministerin für Frauen und Jugend an der Uni. „Frau Merkel ist dem RCDS sehr verbunden“, so der Politiker. Eisel nutzte die Gelegenheit, den vor 14 Tagen gewählten RCDS-Vorstand kennenzulernen. „Uns geht es im Moment sehr gut“, sagte der neue RCDS-Vorsitzende **Pascal Becker**.

Bei der Studentenparlamentswahl konnten die jungen Christdemokraten mehr als 25 Prozent der Wähler überzeugen. Mit 13 Sitzen sind sie stärkste Fraktion. Auch mit der Mitgliederzahl ist der 22-jährige Medizinstudent mehr als zufrieden: „Unter unseren rund 80 Mitgliedern gibt es keine Karteileichen.“ fhg



Handsigniert von der Kanzlerin: **Stephan Eisel** (Mitte) überreichte das Merkel-Foto (von links) **Mareike Christin Bues**, **Carolin Dürig**, **Nils Sönksen**, **Anne Küppers**, **Wolfgang Schoop** und **Pascal Becker**. FOTO: VOLKER LANNERT

64, 20.02.2008

MdB DR. STEPHAN EISEL BESUCHT BONNER SONNENSCHUTZTECHNIKER

Beeindruckt von den Möglichkeiten, mit Rollläden und Sonnenschutzprodukten in jedem Haushalt Energie und Heizkosten zu sparen, zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete **Dr. Stephan Eisel** (CDU) in einem Besuch des Rollladen- und

Sonnenschutz-Fachbetriebs **Specht GmbH** sowie der **jolly Motor GmbH Deutschland**, beide ansässig in der **Christian-Lassen-Straße** in Bonn.

Nach einem gemeinsamen Rundgang mit dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Rollläden Sonnenschutz e.V., **Christoph Silber-Bonz**, und den Geschäftsführern der Firmen **Specht**, **Hans-Georg von Goscinski**, sowie **Jolly**, **Carsten Specht** und **Gerhard Wittek**, äußerte **Dr. Eisel** die Überzeugung, dass die Rollladen- und Sonnenschutz-Branche hineingewachsen ist in die ökonomisch wie ökologisch gleichermaßen gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wirkungsvoll zum Energiesparen beizutragen. Für den sommerlichen wie den

winterlichen Wärmeschutz seien im Zusammenwirken von Produzenten und Fachbetrieben überzeugende Konzepte entwickelt worden. Das werde unter anderem daran deutlich, dass mit geschlossenen Rollläden bis zu 40 Prozent Energie eingespart werden kann.

Die Firma **Specht**, mit 10 Mitarbeitern ein für die Rollladen- und Sonnenschutzbranche typischer mittelständischer Fachbetrieb, beeindruckte als Allrounder auf den Aktionsfeldern des Rollladen- und Sonnenschutztechniker-Handwerks. Seine moderne Produktvielfalt und die qualifizierten Dienstleistungen wurden bei der Führung eindringlich veranschaulicht. Geschäftsführer **Hans-Georg von Goscinski** informierte den Gast umfassend über das aktuelle Angebot und die ausgereiften technischen Finesse beim Energiesparen, im sommerlichen und winterlichen Wärmeschutz, im Einbruchschutz sowie im Sicht- und Blendschutz.



Hauptgeschäftsführer **Christoph Silber-Bonz** (r.) erläuterte MdB **Stephan Eisel** (2.v.l.) das Ineinandergreifen von Handwerk und Industrie

Teurer Kunstgenuss

GA 23/24.02.08

Artikel „Artcard: Stephan Eisel attackiert den Verkehrsverbund“

Seit einigen Jahren bin ich treue Abonnentin der Artcard der Kunst- und Ausstellungshalle Bonn, auch konnte ich meine Tochter als begeisterte Abonnentin gewinnen, nach ihrem Zuzug von München nach Bonn. Aus diesem langjährigen Status heraus möchte ich nun meiner Empörung über den Wegfall der Fahrgeldbefreiung, die mir völlig unverständlich ist, Luft verschaffen. Denn ausgerechnet Leute mit kleinem Geldbeutel und besonders RentnerInnen wie ich, werden empfindlich von dieser Änderung getroffen.

Ein Beispiel: Eine Fahrt von meinem Wohnort Unkel nach Bonn und zurück (circa 20 Kilometer) kostet aktuell 12,60 Euro, hinzu kommt der Eintritt in die Bundeskunsthalle von 12,00 Euro.

Das bisherige Angebot machte es mir möglich, die großen vielseitigen Ausstellungen mehrmals zu besuchen.

Die intensive Beschäftigung mit der Kunst und Kultur in der Bundeskunsthalle, oft verbunden mit Nutzung der Buchhandlung, Besuch von Vorträgen und Gastronomie, war thematisch stets interessant, weiter führend und für mich eine hochwertige Bereicherung.

Erstaunlich, dass weder die Verantwortlichen der Bundeskunsthalle noch die des gegenüberliegenden Städtischen Kunstmuseums (ist ebenfalls betroffen) noch die zuständigen (Kultur-)Politiker aus Stadt und Umgebung dazu in der Lage sind, mit den Verkehrsbetrieben eine Einigung zu erzielen, die eine moderate Weiterführung in Bezug auf Fahrgeldbefreiung möglich macht.

Elfriede Probst, Unkel

Eisel: Jamaika auch für Bonn

GA 26.02.08

PARTEIEN CDU-Politiker denkt an Alternativen zur großen Koalition im Rat

BONN. Schwarz, grün und gelb – die Flagge von Jamaika ist für den CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel eine Option im Zuge der sich verändernden Parteienlandschaft – auch in Bonn, wo es derzeit eine CDU/SPD-Ratsmehrheit gibt.

Die CDU müsse auf die jüngsten Wahlergebnisse reagieren, „wenn sie nicht zur großen Koalition verurteilt bleiben will, falls es für Mehrheiten mit der FDP nicht reicht“, meint Eisel. Eine Jamaika-Koalition (CDU, FDP, Grüne) ist für ihn gar nicht so abwegig, weil CDU und Grüne in wichtigen Politikfeldern „ähnliche Sichtweisen“ entwickelt hätten. „Die Grünen sind in großen Teilen nicht mehr die ideologisierte linke Protestpartei der 80er Jahre, sie haben sich weiterentwickelt“, erklärt Eisel auf seiner Homepage. „Das sollten wir in der CDU anerkennen.“ Auch die Grünen sollten den Mut haben, „eigene, über Jahre eingefahrene Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen“. Eisel appelliert, dass die Herausforderung aufeinander zuzugehen sich für CDU und Grüne sowohl im Bunde, in den Ländern als auch in Bonn stelle. „Wer nach den Wahlen 2009 große Koalitionen nicht zur Dauereinrichtung werden lassen will“, so der CDU-Abgeordnete, „muss jetzt beginnen, über Alternativen nachzudenken.“ kf

WIRTSCHAFTSBLATT BONN

Als Zeichen der Verbundenheit mit Bonn begrüßt der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die gemeinsame Sitzung der geschäftsführenden Vorstände der CDU/CSU- und der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn. Dies belege einmal mehr die „wichtige Rolle der

Bundesstadt Bonn als zweites Zentrum der Bundespolitik in Deutschland“. Die Tagung beginnt am Dienstag um 16 Uhr im ehemaligen Wasserwerk und wird danach auf dem Petersberg fortgesetzt. Gast der Klausurtagung ist Bundesbankpräsident Axel Weber.

Taddeus 25.02.08



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14/08

28. Februar 2008

Jung zur Erneikeil-Kaserne

In einem persönlichen Schreiben an den Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel hat sich Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung jetzt zur Zukunft der Bonner Erneikeil-Kaserne geäußert. Es heißt darin:

„Das 26.000 qm große Areal der Erneikeil-Kaserne ist der Hauptsitz des Bundesamtes für Wehrverwaltung (BAWV), der zentralen Oberbehörde der Territorialen Wehrverwaltung. Die Liegenschaft ist – bis auf Haus 1 – mit rund 400 zivilen Mitarbeitern voll belegt. In dem denkmalgeschützten Haus 1 sind Lagerräume sowie drei fernmeldetechnische Dienstruppen in einem separaten Bereich untergebracht. Eine darüber hinausgehende Nutzung verbietet sich aus brand- und arbeitsschutzrechtlichen Gründen; eine Sanierung ist unwirtschaftlich. Der Freizug und die Abgabe der Erneikeil-Kaserne stehen in direkter Abhängigkeit zum weiteren Ausbau des Bendlerblocks in Berlin und der Verlagerung weiterer ministerieller Organisationselemente von Bonn nach Berlin, die sich in mehreren Schritten bis voraussichtlich Ende 2012 vollziehen wird. Es ist geplant, das BAWV dann komplett auf der Hardthöhe unterzubringen. Bis dahin wird das BAWV die Erneikeil-Kaserne nutzen. Die weiteren Schritte der Konversion werden mit Bonn abgestimmt.“

Eisel begrüßte die Aussagen des Ministers und kündigte an, das Schreiben an die Oberbürgermeisterin weiterzuleiten: „Erstens ist es gut, dass dieses Filetstück in der Südstadt einer hochwertigen zivilen Nutzung zugeführt werden kann. Zweitens ist die direkte Einbindung der Stadt garantiert und drittens wird das Bundesamt für Wehrverwaltung seinen Sitz in Bonn behalten. Das sind gute Nachrichten für Bonn.“ Eisel erinnerte daran, dass Jung schon vor Weihnachten eine Entscheidung zugunsten Bonns gefällt hatte, als er die Pläne der Vorgängerregierung vom Tisch genommen hatte, über 1000 Stellen nach Berlin zu verlagern. Davon schrittweise bis 2012 nur noch 340 Stellen betroffen, überwiegend militärischen Dienstposten des Einsatzführungsstabes der Bundeswehr.

SPD lüftet offenes Geheimnis um OB-Kandidatur

KOMMUNALWAHL Bärbel Dieckmann tritt offenbar 2009 noch einmal an, will das aber zurzeit noch nicht bestätigen. Designierter Parteichef sorgt durch unbedachte Äußerung für Wirbel. Nominierung erst im Herbst

Von Lisa Inhoffen
und Rolf Kleinfeld

GA
27.02.08

BONN. Beinahe eine Stunde dauerte die Pressekonferenz der Bonner SPD zu ihrer neuen Aktion „Bonn tut gut“, als eine Äußerung ihres designierten Vorsitzenden, Ernesto Harder, die Vertreter der Medien authorchen ließ: „Ich gehe davon aus, dass Bärbel Dieckmann (58) bei der Kommunalwahl nächstes Jahr wieder für das Amt als Oberbürgermeisterin kandidieren wird“, sagte er. „Ich habe jedenfalls keine schwitzigen Hände, wenn ich das hier jetzt sage“, fügte er schmunzelnd hinzu.

„Auch ich gehe ebenfalls davon aus, dass Bärbel Dieckmann wieder zur Wahl steht“, antwortete sein Nebenmann, Ratsfraktions-



Ernesto Harder

chef Wilfried Klein, auf GA-Nachfrage. Und wenn sie als OB gewählt sei, werde sie sicherlich auch die volle Amtszeit ausüben, ist Klein überzeugt.

Bärbel Dieckmann wollte gestern diese Äußerung ihrer beiden Spitzenmänner zu ihrer möglichen erneuten OB-Kandidatur bei der Kommunalwahl im Herbst zunächst nicht kommentieren. Wenig später ließ sie den GA jedoch über Stadtsprecher Friedel Frechen wissen: „Das werde ich

im nächsten Herbst sagen. Ich mache mein Amt sehr gerne“, Denselben Satz hatte sie bereits in einem GA-Gespräch Mitte Januar gesagt.

Ganz offensichtlich hatten sich Harder und Klein bei ihrer Pressekonferenz nach dem Geschmack der OB zu weit aus dem Fenster gehängt: Denn am Nachmittag baten Harder und Klein den GA darum, klarzustellen, dass letztlich Bärbel Dieckmann mit der SPD gemeinsam bis zum Sommer entscheiden werde, ob sie noch einmal kandidiere. „Was wir eigentlich sagen wollten, ist, dass sie unsere Wunschkandidatin ist“, betonte Harder.

Dabei ist es nach GA-Informationen innerhalb der SPD längst klar, dass Dieckmann 2009 wieder als OB-Kandidatin antreten wird – dann zum nunmehr vierten Mal. So soll der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete und Noch-Parteichef Ulrich Kelber erst kürzlich auf einer Versammlung der Sozialdemokraten in Beuel erklärt haben, dass an dem derzeitigen Personalbestand nicht gerüttelt werde.

Mit einer Ausnahme: Kelber steht bei der Delegiertenversammlung der SPD am kommenden Samstag nicht mehr zur Wahl. Er soll von Ernesto Harder (30) im Amt als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn abgelöst werden. Harders Wahl gilt als sicher, einen Gegenkandidaten hat er nicht.

Die Nominierung der Kandidaten für die Kommunal 2009 soll in diesem Herbst, am 22. November stattfinden. Die OB-Kandidatenkür werde vermutlich an einem gesonderten Termin durchgeführt, erklärte Klein gestern. Bärbel Dieckmann ist seit der Kom-

munalwahl 1994 Bonner Oberbürgermeisterin. Sie löste Hans Daniels (CDU) ab, der insgesamt 19 Jahre das Amt ausgeübt hatte. Nach einem Jahr im Amt als ehrenamtliche OB wählte sie die damalige Ratsmehrheit aus SPD und Grünen zur hauptamtlichen OB. Bei der Kommunalwahl 1999 wurde Dieckmann erstmals von

den Bonnern direkt gewählt: Sie setzte sich bei einer Stichwahl gegen den CDU-Kandidaten Helmut Stahl durch, der heute als Fraktionschef der CDU im Düsseldorfer Landtag tätig ist. 2004 erzielte die OB bereits im ersten Wahlgang einen klaren Sieg über die OB-Kandidatin der CDU, Pia Heckes. Sollte Dieckmann auch bei der

nächsten Kommunalwahl die Mehrheit der Bonner Wahlberechtigten für sich gewinnen, wäre sie aufgrund einer Änderung der Kommunalverfassung nicht mehr nur für fünf, sondern für sechs Jahre im Amt gewählt und wäre nach Ablauf der folgenden Amtszeit 21 Jahre lang Bonns erste Bürgerin gewesen.

Weitere nächste Seite → 66

DAS SAGEN DIE ANDEREN

Georg Fenninger, Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion: „Der CDU-Fraktionsvorsitzende Benedikt Hauser und der Parteivorsitzende Axel Voss nehmen die Mitteilung der Kandidatur gelassen zur Kenntnis, weil alles andere schon verwundert hätte. Die CDU führt, was eigene Kandidaturen betrifft, diese in einem geordneten Findungsverfahren durch und wird ihren Spitzenkandidaten und

die Wahlkreisandidaten zu gegebener Zeit den Medien präsentieren.“

Karl Uckermann und Doro Paß-Weingartz, Fraktionssprecher der Grünen: „Bärbel Dieckmann ist bis zu ihrer letzten Kandidatur zur Oberbürgermeisterin auch von vielen Grünen-WählerInnen als eine Frontfrau für ein rot-grünes Projekt in Bonn gesehen worden.“

Dies gilt sicher nicht mehr, seit sie in 2006 maßgeblich dafür gesorgt hat, das die rot-grün (-gelbe) Koalition von der SPD ohne sachlichen Grund beendet wurde und stattdessen die Zusammenarbeit mit der CDU gesucht und die große Koalition in Bonn etabliert hat. Seitdem ist Frau Dieckmann im Duett mit Benedikt Hauser verantwortlich für politischen Stillstand und Rückschritt in Bonn.“

Stephan Eisel, CDU-Bundestagsabgeordneter: „Ich bewerte das erst, wenn Frau Dieckmann sich selbst geäußert hat und gehe davon aus, dass sie sich genau überlegt, ob es klug ist, noch einmal zu kandidieren.“

Werner Hümmerich, Partei- und Fraktionschef der FDP: „Ich wäre eher überrascht, würde sie nicht kandidieren. Natürlich gehe ich

davon aus, dass sie wieder antritt. Im übrigen hat die FDP auch dieses Mal wieder die Entscheidung gefällt, auch bei dieser Kommunalwahl wieder mit einem eigenen OB-Kandidaten anzutreten.“

Volker Kregel, Stadtdirektor (CDU), der immer wieder als OB-Herausforderer gehandelt wird: „Es gibt für mich keinen Anlass, dazu etwas zu sagen.“

Seite 20

der

Express, 28.02.08

BONN

Donnerstag, 28. Februar 2008

11/155



Rolf Beu, Ratsherr der Grünen

Bonns Grüne flirten mit den Schwarzen

Von MARION STEEGER

Bonn. - Nicht nur in den Bundesländern ändert sich die politische „Farbenlehre“: die SPD vielleicht mit den Linken, die CDU mit den Grünen. Von „Jamaika“ (also CDU, FDP und Grüne) orakelt der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Sie-

phan Eisel - auch für Bonn. Doch jetzt kommt in unserer Stadt eine ganz neue Option ins Spiel. EX-PRESS erfährt: Grünen-Ratsherr Rolf Beu macht sich bei der CDU für einen gemeinsamen OB-Kandidaten stark.

14 Jahre Bärbel Dieckmann seien genug, soll der Grünen-Politiker in

E-Mails an Fraktionsmitglieder der Schwarzen trommeln.

Dass die Christdemokraten nicht mehr zu den „Schmuddelkindern“ gehören, mit denen man nicht spielt, macht auch Grünen-Fraktionssprecherin Dorothee Paß-Weingartz deutlich: „Schwarz/Grün - das ist eine Frage von Inhalten. Na-

türlich reden wir mit jeder demokratischen Partei. Im politischen Alltag arbeiten wir mit einigen CDU/ern sehr gut zusammen.“ An Sachfragen müsse man letztlich festmachen, ob so eine Polit-Ehe funktionieren kann. Fest steht: zur Kommunalwahl im Herbst bleibt's auch in Bonn spannend.